

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

264 (11.11.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 7 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 7 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 6 M. monatlich. — Einzelheft 30 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 21 Fernsprecher: 4.—M.; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleile 1.40 M. Die Melamezeit bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahme: Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Reichseisenbahn in Gefahr

Fehlbetrag 14,3 Milliarden — Weitere Erhöhung der Tarife um 50 Prozent beschlossen — Die Diskussion über die Entstaatlichung

W.B. Berlin, 10. Nov. (Drahtmeldung.) Im außerordentlichen Haushalt der Reichseisenbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 6,6 Milliarden Mark berechnet worden. Inzwischen erhöhten sich die Ausgaben infolge der Gehalts-erhöhungen im August und Oktober und der starken Materialpreiserhöhungen um 10,5 Milliarden Markausgaben, denen Mehreinnahmen durch die Tarifierhöhung am 1. Dezember von 2,7 Milliarden gegenüberstehen. Der Fehlbetrag stellt sich somit auf 14,3 Milliarden Mark.

Der Reichsverkehrsminister mußte demgegenüber eine weitere Tarifierhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen. Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten von Bedarfsartikeln und des Abfahrs der Erzeugnisse ungünstig gelegener Gegenden vorgesehen hat.

Das Reichsverkehrsministerium steht sich daher veranlaßt, für den Güterverkehr bereits am 1. Dezember 1921 einen Aufschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen, während für den Personenverkehr die weitere 50prozentige Erhöhung am 1. Februar 1922 erfolgen soll.

Kreditlinie der Industrie und Reichseisenbahn

Berlin, 9. Nov. (Privatmeldung.) Heute vormittag begann, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, die angelaubigten Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern der Industrie und der Banken über die Frage der Kredithilfe.

W. Berlin, 11. Nov. (Telunion.) In Ausführung der seitens des Reichsverbandes der deutschen Industrie wegen der Kreditlinien abgegebenen Erklärungen, insbesondere der wiederholt und zuletzt im Anschluß an die Beschlüsse der Münchener Tagung vom 28. September d. J. betonten Notwendigkeit sparsamer Finanzwirtschaft und Dringens des Etats ist gestern dem Reichskanzler seitens der Abordnung der zur Fortführung der Beratungen eingesetzten Kommission folgendes erklärt worden: Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Zustände zu stehenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslbens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst Aktionen der Befreiung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend die sonstigen öffentlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Form zu bringen. Die Durchführung solcher Maßnahmen hat möglichst auf Grund eines durch die Befreiung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet, zu erfolgen. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, Vorschläge, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin geführt werden, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person verzinzen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus dieser Unternehmung befreit wird. Die Entlastung des Reichs von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung noch, noch in wirtschaftlicher Beziehung von Nutzen sind, kann, nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die aber an sich und nach der dringlichen Lage die nupbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Artikel 248 des Friedensvertrags Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage, auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum, einer anderweitigen Erfüllung zuzuführen.

Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit den deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Forderung des Londoner Ultimatum sich nicht schon aus dem vorher angezeichneten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reichs, sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der angestrebten Neugestaltung der Reichsbetriebe, zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditaktion, einschließlich der Verhandlungen, mit den deutschen Kreditgebern, kann nur unter Führung der deutschen Industrie im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen. Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diese freiwilligen Kredite zur Verfügung stellen, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Kabinettsitzung und Industriktion

W. Berlin, 11. Nov. Heute Vormittag wird die Reichsregierung eine Kabinettsitzung abhalten, in der sie sich

Bevorstehende Erhöhung der Kohlenpreise

W. Dortmund, 10. Nov. In den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrags im Kohlenbergbau fordern die Vertreter der Bergarbeiterverbände eine Lohnhöhung von 30—35 M pro Schicht. Wenn eine Er-

höhung in diesem Sinne eintritt, so würde sich schon dadurch der Kohlenpreis um 60—70 M pro Tonne erhöhen. Inwieweit außerdem infolge Steigerung der Materialkosten eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises eintritt, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen, da die Erhebungen über die Entwicklung der Selbstkosten noch nicht abgeschlossen sind. Die Lohnverhandlungen im Bergbau und dann auch die Neuregelung des Kohlenpreises sollen am 1. Dezember in Kraft treten.

Die Arbeiter haben auch etwas zu sagen

W.B. Berlin, 10. Nov. Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter der Reichseisenbahn sprachen sich heute in einer Versammlung mit großer Schärfe gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen aus. In einer Entschließung lehnen sie aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichseisenbahnen ab und erklären, daß sie darauf gerichteten Bestrebungen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten und auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückzusehen werden.

Protest des Gewerkschafts- und Angestelltenverbandes

W. Berlin, 11. Nov. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes haben eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes sehen in dem Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Privatisierung der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die Vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Regierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.

Es ist im Moment noch nicht zu übersehen, wie viel Prozent Ernt in der in letzter Zeit aufgetauchten Ansicht der Entstaatlichung der Eisenbahn liegt. Aber das kann heute schon als Versuchung gesagt werden, diese Räne werden in der Arbeiter-schaft den größten Widerstand finden.

Deutschlands Finanzlage kann nur durch die Verfertigung des Gleichgewichts zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben beseitigt werden. Die Ausgaben würden sich bedeutend erhöhen lassen, wenn das deutsche Volk sich zur Herstellung des von der Sozialdemokratie schon so lange geforderten Einheitsstaates aufstellen würde, statt die heutige überlebte Klein-staaterei aufrecht zu erhalten. Und daß auf sozialem und kulturellem Gebiet nur ein Bruchteil dessen geleistet, was eigentlich gechehen müßte, weiß ja jeder, der einen Einblick in diese Dinge hat. So bleibt als Ausweg also nur eine Erhöhung der Einnahmen und zwar der laufenden und der einmaligen. Die laufenden Einnahmen sind kaum noch zu erhöhen, wenn die beschlossenen Einkommensteuern erst tatsächlich durchgeführt sein werden. (Was bisher bekanntlich nur gegen die Arbeitnehmer reiflos gechehen ist, während aus den selbständigen Berufs-leuten noch niemand eine Veranlagung für die Einkommensteuer des Jahres 1920 erhalten haben soll!) Einen genügenden Ertrag kann nur eine einmalige große Besitzsteuer erbringen. Der bekannte Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Kucyngski, hat bereits 1919 und seither wiederholt vorgeschlagen, eine einmalige Besitzsteuer von 50 Prozent zu erheben und die Sozialdemokratie verlangt eine Besitz-Beteiligung des Reiches an den sogenannten Goldwerten mit 25 Prozent. Deshalb droht diese Forderung ernst zu werden. Deshalb als Angäherer des Gegenwärtigen der Besitz-Schichten in Industrie, Handel und Landwirtschaft: Sie wollen dem Reich aus ihrem bekannten mährchenhaften Ueberfluß einige Milliarden Goldmark in ausländischen Zahlungsmitteln leihen. In der Hoffnung, daß das Reich, in seiner verzweifeltsten Verlegenheit nach diesem Strohhalm greifen wird. Und in dem laien Bewußtsein, daß dieses Darlehen außer der Verhinderung der ernstlich drohenden Besitzsteuer ein glänzendes Geschäft für die Geldgeber werden wird durch die vorgeschlagene Verzinsung und Sicherheitsleistung. Das Reich würde auf diese Weise nur kurze Zeit aus der Verlegenheit kommen, seine alten Schulden nicht loswerden, sondern neue hinzubekommen, seine Finselnlast noch vergrößern und binnen kurzem vor noch größeren Schwierigkeiten stehen, als jetzt. Und die Abhängigkeit des Reiches von den Besitzern der Privatwirtschaft dem Gesamtkapital, wäre noch beträchtlich gesteigert!

Während doch das Reich, die Länder und Gemeinden voll und ganz berechtigt sind, durch geeignete Maßnahmen, nämlich eben die große Besitzabgabe, eine gründliche Gesundung ihrer Finanzen herbeizuführen. Zu dieser Berechtigung muß aber die Macht geführt werden, wenn der Gedanke Wirklichkeit werden soll. Solange die Mehrheit des deutschen Volkes diese Zusammenhänge nicht erkennt und fortfährt, bürgerliche Mehrheiten in die Volkvertretungen zu entsenden, statt starker sozialistischer Mehrheit, solange ist mit einer Gesundung unserer Verhältnisse nicht zu rechnen, sondern nur mit einer stetigen Verschlechterung. Der Weg der letzten Rettung ist steter Kampf für die Sozialdemokratie, für den Sozialismus, für die sozialistische Mehrheit im deutschen Volk.

Die Garantiekommision in Berlin

Wie gestern berichtet wurde, ist die Garantiekommision in Berlin eingetroffen. Sie will offenbar mit der deutschen Regierung über die Zahlung der nächsten Reparationsquoten sprechen und das Kontrollrecht ausüben, das sie gegenüber der deutschen Finanzverwaltung nach dem Versailles Frieden und Londoner Ultimatum besitzt.

Die Situation, in der die Garantiekommision die deutschen Finanzen trifft, ist die denkbar traurigste. Das Steigen des Dollars auf über 300 M erschwert Deutschland weitere Reparationszahlungen aufs äußerste. Man kann sehr wohl im begründeten Zweifel darüber sein, ob bei dieser Valutaentwicklung Deutschland auch nur die nächstfälligen Zahlungen zu leisten vermag. Dazu kommt das riesige innere Defizit des Reichsetats. Das neue Kabinett hat die Steuerpläne seines Vorgängers übernommen, aber diese Steuern sind durch die Entwertung des deutschen Geldes längst überholt. Der Sturz der deutschen Mark hat das Reich zu ungeheuren neuen Ausgaben gezwungen, daß diese Steuerpläne, wenn sie nach Wochen durchgeführt werden, nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstellen können.

Was soll nun geschehen? Gestern nachmittag wurde zwischen Reichsregierung, Reichsverband der deutschen Industrie erneut über die Kredithilfe der Industrie verhandelt, deren Durchführung vielleicht die ausländischen Valuten stützen und Deutschland eine Atempause geben könnte. Aber die Industrie hat auf ihrer Münchener Tagung am letzten Samstag die Kredithilfe an Stinnes-Bedingungen geknüpft, die an Unverschämtheit einfach nicht zu überbieten sind. Sie verlangt, daß die Staatsbetriebe, also insbesondere die Eisenbahn und Post, aus Zuschußbetrieben sofort in Ueberzuschußbetriebe verwandelt werden sollen. Zu diesem Zweck soll die Industrie auf diese bisherigen Reichsbetriebe einen maßgebenden Einfluß gewinnen. Weiterhin fordert die Industrie nicht mehr und nicht weniger als den Fortfall jeder staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben. Hierbei dürfte es besonders auf die Kohlenwirtschaft abgesehen sein; denn an eine plötzliche Aufhebung der Protokolle und der Wohnungsbeiwirtschaftung können unserer Auffassung nach selbst verboborte kapitalistische Interessenten nicht denken — ihre Folgen wären gar zu katastrophal. Endlich soll Verzinsung und Amortisation der von der Industrie vermittelten Anleihe durch Ueberzuschüsse der Staatsbetriebe sichergestellt werden.

Anstelle der Erfassung der Sachwerte bei den Privatbesitzern, die durch die Entwertung des deutschen Geldes nicht betroffen, sondern umgekehrt durch Valutagewinne außerordentlich bereichert worden sind, soll also eine Verpfändung des Staatseigentums zunächst an die Industrie und über die hinaus an das Ausland erfolgen. Das arme Reich soll nicht reicher, sondern ärmer gemacht werden, indem man ihm seine letzten Aktiven abknöpft. Die Industrie ihrerseits will gar nichts hergeben. Sie will nur eine Goldanleihe im Ausland vermitteln und für diese Tätigkeit eine Vermittlungsgebühr von jährlich einigen Goldmilliarden neu einstreichen. Denn jodiel ist für Hugo Stinnes und Genossen an der Auslieferung der Kohlenwirtschaft zu verdienen.

Wir können es uns nicht vorstellen, daß das Reich auf diese Bedingungen eingeht. Nie hat ein Würdiger einen leichtsinnigen überschuldeten Leutnant schlimmer ausgebeutet, als es die Industrie hier mit dem deutschen Volke vorhat. Die Bedingungen sind augenscheinlich so gestellt, daß sie nicht angenommen werden können. Man wollte die Reichsregierung zwingen, ihrerseits die Kredithilfe abzulehnen. Man wollte das Odium des Scheiterns der Kredithilfe auf das Kabinett Wirth abwälzen. Es ist deshalb ganz klar, daß die Reichsregierung ruhig weiterverhandelt. Aber die Hoffnung, daß dabei etwas herauskommt, ist sicherlich sehr gering.

Die Deutschnationalen und anderen Reichsbolschewisten machen sich über die verzweifelte Finanzlage allerdings sehr wenig Sorgen. Ihr Rezept ist immer fertig; wir sollen der Entente einfach erklären, daß Deutschland nicht mehr zahlen kann. Aber was folgt daraus? Kein vernünftiger Mensch darf glauben, daß die Entente und ihre Garantiekommision dann achselzuckend verzichten und sich denken werden: wo nichts ist, haben auch die Alliierten ihr Recht verloren. Wer nur einen Blick in die Auslandspresse tut, muß wissen, daß es ganz anders kommen wird. Als erstes werden die Alliierten antworten: Ihr könnt schon zahlen, aber ihr wollt nicht; eure Industrie ist reich und euer Reich ist arm — was hat eure Industrie gezahlt?

Gegen den böswilligen Schuldner wird die Entente ihre jämlichen Gewaltmaßnahmen anwenden. Unser herrlichen Deutschnationalen sehen das auch voraus. So las man gestern im „Tag“, die Mehrheitsparteien müßten endlich das deutsche Volk vor das Entwerfen — Oder stellen: Nämlich entweder das Ruhrgebiet zu versieren und dem durch Hunger geschürten Bürgerkrieg im Innern entgegenzutreten zu werden oder dem Feinde zu sagen: wir können nicht mehr, wir wollen nicht mehr, mach was du willst, das ganze deutsche Volk will das Schicksal seiner in Kriegsgefangenschaft schmachtenden Grenzmarken seines besetzten Ruhr-

gebiet Oberösterreichs, des Elblandes teilen". Wir sehen hier kein Entweder — Oder; denn diese beiden Möglichkeiten sind ein und dasselbe. Wenn wir nicht zahlen wollen, besteht eben die Entente das Ruhrgebiet und läßt das übrige Deutschland seelenruhig dem Hunger und dem Bürgerkrieg entgegenreiben. Schließlich laufen alle deutschnationalen Rezepte auf die Belferich-Barole heraus: wir müssen dem deutschen Volke beibringen, mit Ehren unterzugehen. Aber das deutsche Volk darf und will nicht untergehen; das deutsche Volk will, soll und muß leben.

Darum darf sich die Regierung nicht damit abfinden, daß die Industrie nicht zahlen will, sondern muß sie zum Zahlen zwingen. Unbegreiflich, daß der Reichskanzler Dr. Brüning aus Angst vor dem rechten Flügel des Zentrum nicht längst alle Maßnahmen getroffen hat, um die Sachwerte zu erfassen. Das Reich muß nehmen, was man ihm verweigert. Das Reich hat die Steuerhoheit; es darf sich nicht von den Steuerzahlern Bedingungen vorsetzen lassen. Die Erfüllungspolitik muß fortgesetzt werden, bis auch der Feind anerkennen muß, daß unsere Zahlungsunfähigkeit nicht am bösen Willen liegt, sondern daß wir an der Grenze unseres Könnens angelangt sind. Mögen die Rechtsparteien auf die Befestigung des Ruhrreviers oder Reichstagsneuwahlen unter der Barole Oberösterreich spekulieren — Herr Stinnes wäre das gewiß recht. Der Kanzler und die Regierung haben die Pflicht, diese Pläne zu durchkreuzen. Soll es zum Kampfe kommen, dann unter der Barole: gegen die Besitzer der Goldwerte, gegen die Kapitalisten, die nicht zahlen wollen!

Helfferichs Spekulation

Letzter Tage hat der frühere preussische Ministerpräsident Eberwald die Welt mit der Entdeckung überrascht, daß die schmale Basis des Kabinetts Brüning schuld sei an der Entwertung der Mark und jetzt überrascht die Deutschnationalen im Reichstag bei der Steuerdebatte die Welt mit der Entdeckung, daß die Politik der Erfüllung die Mark entwertet. Allerdings Helfferich vertritt von den Börsenmännern doch noch etwas mehr als Herr Adam Stegerwald. Die Behauptung Helfferichs erscheint auf den ersten Blick hin ganz plausibel. Man kann nicht leugnen, daß die Zahlung der ersten Goldmilliarde den deutschen Wechselkurs ungünstig beeinflusst hat. Bis hierher hat Helfferich nicht so unrecht. Aber die Helfferiche sind schwer im Irrtum, wenn sie sich einbilden, die Erfüllungspolitik hätten sie gesteuert und finanziell emporbringt, zunächst emporbringt. Es ist gerade nicht so, wie Herr Beder von der Deutschen Volkspartei im Reichstag sagte, Dr. Brüning und seine Leute seien etwa von dieser Grundumwälzung erfüllt; erfüllen wir nur mal, es wird schon werden, es wird schon gehen, es reicht schon hin. Es gehörte nicht viel Witz dazu, einzuleben, — und wir haben das oft betont —, daß der Weg der Erfüllung zunächst in die Tiefe führen muß.

Aber — und da unterscheidet sich die Politik Brüning von der Helfferichs — es ist etwas anderes, ob die Entente sieht, daß die Erfüllungspolitik zur Katastrophe führt oder ob die Entente beobachtet, daß die Helfferichsche Politik der nationalen Vertiefung die Mark und — das Mark in den Knochen des deutschen Volkes vermischt. Und wenn jemand sagt: na, es ist doch schließlich schäppel, ob dieser oder jener Weg eingeschlagen wird, wenn beide Wege das Volk zum Ruin führen, dann antworten wir: es ist nicht gleich. Das Deutsche Volk, das antwortet: es ist nicht gleich, hat noch soviel Zeit, um den Weg der Erfüllung zu untersuchen und durch das schreckliche Schicksal, das ihm bevorsteht, allmählich die ganze Welt in Panik und Angst zu versetzen. Das war und das ist immer noch der springende Punkt. Je näher wir uns natürlich dem kritischen Augenblick nähern, je mehr die Forderung steigt und die Mark sinkt, und das ungesunde Rot der deutschen Wirtschaft blüht, desto stärker werden die Ansätze zu einer neuen Revolution. Helfferich spekuliert mehr noch als auf den Zusammenbruch der Mark, auf den Zusammenbruch der Herzen des deutschen Spießbürgers. Glaubt diese Spekulation wohl, steigen wir mit brutaler und kalkulierender Konsequenz der Entente die Resulten ihrer Politik in Deutschland, vergehen wir keinen Augenblick, daß das Opfer der Weltfriedensbewegung erst lange nach der Opferung der Schwerte kommen darf, dann werden wir im Sturm der Ereignisse nicht zu Boden geschleudert werden. Mut zur Konsequenz!

Zur neuen Besoldungsordnung

K. Weber, Karlsruhe
Infolge der rapiden Senkung des Marktwertes und der ebenso sprunghaften Aufwärtsentwicklung der Preise lebend...

Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert
von Joseph Victor von Schffel
(Fortsetzung)

Der Hofraum ward in den nächsten Tagen zum fröhlichen Gezeiger. An aufgehobenen Dienstmännern lagen schon etliche hundert oben, der Reichenauer Zug brachte einen Zuwachs von neunzig streitbaren Männern. Emig ward geschäftig an allem, was des baldigen Kampfes Notdurft heischte. Schon sah die Sonne aufsteigen, weckte der Schmelde Gehämmer die Schläfer. Pfeile und Lanzenspitzen wurden gefertigt; beim Brunnen im Hofe stand der große Schmelzstein, dran wechten sie ihre zottigen Rlingen. Der alte Schmied von Weiterdingen war auch heraufgeholt worden, der sah mit seinem Vubem unter der Linde, die langer, zu Schilben zugeschnittenen Bretter überspannen sie mit starkem Flechtwerk von Weibengezwieg, dann ward ein geriebtes Fell darüber genagelt; der Schild war fertig. Am lustigen Feuer sahen andere und gossen Blei in die Formen zu spitzem Burzgeschloß für die Schleuder, — eschene Antitel und Keulen wurden in den Flammen gehärtet. Wenn der an eines Heiden Schädel anlopfte, sprach Rudimann und schwang den Prügel, so wird ihm aufgetan!

Wer früher schon im Heerbann gedient, sammelte sich zum Simon Barbo, den griechischen Feldhauptmann. Zu euch nach Deutschland muß ein gehen, wenn er seine greisen Tage in Ruhe verleben will, hatte er scherzend zur Herzogin gesagt. Der Waisenknecht aber stärkte sein Gemüt wie alter Rheinwein und richtete ihn auf; mit scharfer Sorge ließ er die Auerfahrenten sich in den Waffen üben, des Burghofs Pflaster widerhallte vom schweren Schritt der Mönche, die in geschlossenen Reihen des Speerangriffs unterwiesen wurden. Hände könnt man mit euch einrennen, sprach der Alte Weisfall nickend, wenn ihr einmal warm geworden seid.

Wer von den Jüngern ein's sichern Auges und beweglicher Knochen sich erernte, ward den Pfeilschützen zugeteilt. Flehlig über'n Ende zu den Speerträgern herüber: das lose Volk hatte einen Strohmänn angefertigt, eine Krone von Eulenschnabel im Haupte, eine sechsfüßige Peitsche in der Hand, einen roten Kappen in Herzform auf der Brust, war er ihre Zielscheibe.

notwendiger Gegenstände haben die Beamtengehälter teilweise mehr als die Hälfte ihrer Kaufkraft verloren. Schon nach Ostern dieses Jahres war eine neue Teuerungswelle zu verspüren. Durch Reichs- und Landtagsbeschlüsse ist die Anpassung der Einkommensverhältnisse in der Weise versucht worden, daß der Prozentsatz der Teuerungszuschläge erhöht wurde. Regierungsfreie und Großorganisationen waren sich darüber einig, daß mit einer prozentualen Erhöhung der Teuerungszuschläge keine angemessene Vergütung zu erreichen sei, weil das Grundgehalt in seiner Weise mehr in Einklang zu bringen war mit den Preisen der wichtigsten Bedarfsgegenstände. In den Beamtenverbänden ist der Gedanke der Goldwertvergütung erwogen worden. Bei der wechselseitigen Beziehung zwischen Warenmarkt und Geldmarkt wäre mit der Festsetzung des Goldwertes vom vorkriegsrichtigen Gehalt der zuverlässigste Maßstab gegeben für die Behandlung der schwankenden, das heißt nachlassenden Kaufkraft der Besoldung; zum mindesten müßte das der Fall sein bei der Berechnung des sogenannten Existenzminimums.

Run liegen seit einigen Tagen die neuen Zahlen vor für die Einkommensgehälter in den verschiedenen Gruppen, für Ortszuschläge, Kinderbeihilfen und Teuerungszuschläge. Bis hierher galten folgende Sätze:

Gruppe I.	4 000—6 000 M	Gruppe VIII.	6 800—10 200 M
II.	4 800—6 400 "	IX.	7 600—11 400 "
III.	4 600—6 200 "	X.	8 400—12 600 "
IV.	5 000—7 500 "	XI.	9 700—14 500 "
V.	5 400—8 100 "	XII.	11 200—16 800 "
VI.	5 800—8 700 "	XIII.	13 200—20 000 "
VII.	6 200—9 300 "		

Darauf kamen Ortszuschläge, die in Karlsruhe (Ortsk. B.) je nach der Höhe des Grundgebälts 1 600—4 000 M betragen. Die Teuerungszuschläge beliefen sich auf 91 Prozent von Grundgehalt und Ortszuschlag.

Die neue Besoldungsordnung gestaltet sich folgendermaßen:

Gruppe I.	7 500—11 000 M	Gruppe VIII.	18 000—26 000 M
II.	10 000—13 000 "	IX.	21 000—31 000 "
III.	11 500—15 000 "	X.	25 000—37 000 "
IV.	12 500—16 000 "	XI.	30 000—44 000 "
V.	13 500—18 000 "	XII.	38 000—57 000 "
VI.	14 500—19 500 "	XIII.	53 000—80 000 "
VII.	16 000—22 500 "		

Hierzu kommen Ortszuschläge für Karlsruhe im Betrage 2 400—4 200 M. Die Teuerungszuschläge sind mit 20 % festgesetzt.

Das Anfangsgehalt eines Karlsruher Beamten in Gruppe I wird fünfzigsten betragen: 7 500 M + 2 400 M + 20 % = 11 880 M. Ungefähr dieselbe Einnahme hatte bis dahin ein Beamter bei Einstufung nach Gruppe III.

Rach der Neuregelung wird der Beamte in Gruppe I so viel Anfangsgehalt beziehen als der gleiche Alters früher in Gruppe III hatte. Wenn die Einkünfte des Letzteren nicht ausreichend waren, so genügen sie nun auf einmal für den Beamten in Gruppe I. Bezüge in dieser Höhe sind bei den heutigen Lebensverhältnissen einfach unzulänglich; deshalb schafft die neue Besoldungsordnung die Notlage nicht aus der Welt. Nur auf der Befestigung eines Existenzminimums kann der Lärm aufhören werden. Von amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß mit der erforderlichen Sparsamkeit verfahren worden sei, daß nur die Beamten der untersten Gruppen das 14- oder 15fache ihrer Friedensbezüge erhalten, während den Beamten der mittleren Gruppen nur etwa das 7fache, den Beamten der höheren Gruppen das sechs- oder fünffache ihrer Friedensbezüge gegeben werde. Diese amtliche Darstellung mag an sich richtig sein, aber sie ist geeignet, Unkorrektheiten aufkommen zu lassen. Es könnte bei einem oberflächlichen Leser leicht die Meinung entstehen, die neue Besoldung sei so gütig, sie werde ausgleichend, sei sogar eine Verbesserung der unteren und mittleren Beamtengehältern. Es geht nicht an, zu behaupten, man habe den unteren Gruppen um das 15fache, den mittleren um das 7fache und den oberen nur um das 6fache ausbezahlt. Dieses Multiplikationsverhältnis ist hier Euphemie. Die Friedensbezüge der Besoldungsgruppe I, früher K, waren eben unzureichend und eine Kulturschande der in monarchistischen Zeit. Wenn wir null mit 14 oder auch 1000 vervielfachen, es gibt immer nur null. Und wenn man ein Friedensentkommen von 800 M jährlich mit 14 vervielfacht, so mag man das Produkt berechnen mit dem, das sich ergibt, wenn man das 10 000 M betragende Friedensentkommen eines höheren Beamten mit nur sechs vervielfacht. Die amtliche Erklärung wird wohl kaum die Ansprüche der unteren und mittleren Beamten zum Schweigen bringen können; solange die Einkünfte nicht reichen, um das nackte Leben zu fristen, nützt alle Gegenüberstellung mit früheren Zahlen nichts und ist nur geeignet, im Volke falsche Vorstellungen zu erwecken und das ewig unzufriedene Beamtenum als Ursache neuer Besteuerungen zu verächtlichen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Der Hunnenkönig Egel, riefen die Schützen, wer trifft ihn ins Herz?
Spotiel nur, sprach Frau Hadwig, die vom Balkon herab zuschaut; hat ihn auch in schlimmer Brautnacht der Schlag daniedergerückt, so geht sein Geist fort und fort mächtig durch die Welt; die nach uns kommen, werden noch an ihm zu beschwören haben.

Wenn sie nur auch so scharf auf ihn schießen, wie die da unten! sagte Prozebis — und Gallotus lang vom Hofe heraus, der Strohmänn wandte und fiel, ein Pfeil hatte das Herz getroffen.

Eckehard kam in den Saal herauf. Er war wacker mitmarschiert, sein Ansehen glänzte, der ungewohnte Helm hatte einen roten Streif auf der Stirn zurückgelassen. In der Erregung des Tages vergaß er seine Känge draußen abzujstellen. Mit Wohlgeraten sah Frau Hadwig auf ihn; es war nicht mehr der junge Lehner der Grammatik. Er neigte sich vor seiner Gebieterin. Die Reichenauer Mithrüber im Herrn, sprach er, lassen werden, daß sich Durr in ihren Reußen emgestellt.

Frau Hadwig lachte. Laßt eine Lonne fühlen Dierex im Hof aufstellen; bis die Gunnen wieder heimgelagt sind, soll unter Kellermeister keine Klage über Verschwinden seiner Fässer führen.

Sie deutete auf das stürmische Treiben im Burghof. Das Leben bringt doch mannigfache Bilder als alle Poeten, sprach sie zu Eckehard; — auf solchen Wandel der Dinge wart ihr nicht vorbereiten?

Aber Eckehard ließ seinem lehren Virgilius nicht zunaheretren.

Erlaubet, sprach er, auf seinen Speer gelehnt, es steht alles vorgetzen in der Aeneis vorgezeichnet, als wenn es nichts Neues unter der Sonne geben soll! Würdet ihr nicht glauben, Virgilius sei hier auf dem Söller gestanden und habe hinageschaut ins Weltumel, wie er vom Beginn des Krieges in Latium sang:

„Dort wird gehöhlt dem Haupte der Schirm — dort flechten sie wölbend Weidener Schilde Verband — dort gießen sie den ebernen Harnisch, Dort heilbintende Schienen aus zähem Silber geschmitten, Sichel und Schar wird jeps entbezt, und die Riebs des Fluages Weicht — um schmiedet die Eße verrostete Rlingen der Räter. Hornruf schmettert durchs Land und es geht die kriegerische Lösung.“

Deutscher Reichstag Protest gegen die Fortführung der deutschen Werke — Annahme des Besoldungsgesetzes in erster Lesung

Berlin, 10. Nov.
Die Sitzung wurde um 1 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch: Bauer.

Auf der Tagesordnung steht dann die sog. Interpellation über die Deutschen Werke.

Abg. Koch (Soz.) beantwortet die Interpellation; er schildert die Entstehungsgeschichte der Deutschen Werke, deren Aktien in den Händen des Reiches sind. Die Deutschen Werke haben die Aufgabe, ihre vereinignen 14 W.r.f.e. an denen 88 000 Personen beschäftigt sind, auf die Friedensarbeit einzustellen und in diese Entwicklung greift jetzt die interalliierte Militärkontrollkommission schwer schädigend ein. Sie verlangt, daß die Produktion von Kolodien und Nitrocellulosen im Werke Wolfgang eingestellt und sämtliche Gebäude und Werkanlagen zerstört werden. Sie fordert ferner, daß in den Werken Erfurt, Gasselhorst die Produktion von Jagd- und Sportwaffen sowie der dazu gehörigen Munition bis 1. April 1922 eingestellt werden soll. Schließlich fordert sie, daß im Werke Spandau der geplante Neubau eines Heizwerkes und die Aufstellung neuer Generatoren unterlassen werden soll. Diese Entseuerforderungen sind völlig ungerichtet und bedeuten eine Verletzung des Friedensvertrages. Dagegen sollte eine Einheitsfront aller Parteien gebildet werden. Wir stehen vor Monaten der Teuerung und Arbeitslosigkeit. Durch die Entente Maßnahmen müßten allein in den Deutschen Werken 11 000 Arbeiter entlassen werden?

Das zunehmende Elend kann das deutsche Volk schließlich nicht mehr ertragen, sodas es zum Verzweiflungskampf kommen muß. An unserem Untergang werden auch die anderen zugrunde gehen. Unsere Gegner sind machwahnsinnig, wie es die Alldeutschen im Kriege waren.

Reichsfinanzminister Bauer

stellt fest, daß die Volksharterkonferenz dem Umbau der Werke zugestimmt hat, damit sie der Volkswirtschaft erhalten werden könnten. Die Regierung hätte nicht so ungeheure Summen in diese Betriebe gesteckt, wenn sie sich gesagt hätte, daß nun eine völlig andere lautende Bestimmung kommen würde. Das Werk Wolfgang, die frühere Pulverfabrik ist nicht erit während des Krieges erworben worden. Das Werk soll nun von Grund an zerstört werden, nicht nur die Gebäude über der Erde, sondern auch die Eisenbahnstationen, Werksanlagen, Kanalisationen usw. (Aufe rechts: Auerfort.) Die Produktion von Jagd- und Sportwaffen in Erfurt war mit ausdrücklicher Genehmigung der Kommission aufgenommen worden. Vor jeder Maßnahme wurde die Kommission verständigt. Es ist unklar, daß in Erfurt Büchsen hergestellt wurden. Es ist nicht auf Vorrat gearbeitet worden. Es lagen so viele Bestellungen aus dem Ausland vor, daß sie nicht befriedigt werden konnten. Wir können uns die Angst unserer Gegner gar nicht vorstellen. Auch Hamelstein steht mitzuspielen. Der Eingriff ist vollkommen unerschöpflich. In Spandau sollen zahlreiche Gebäude und Maschinen zerstört und Altstoffe entfernt werden. (Lachen.) An Maschinen sind bisher 5500 Tonnen im Wert von 8 250 000 Goldmark zerstört worden, an Gebäuden etwa 2 5 Millionen Goldmark. Die Entente sollte sich doch bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedstand nicht mit Gewalt Werke vernichten, die zu irgendwelcher Bedrohung des Friedens nicht dienen können. Diese Maßnahmen sind unvernünftig und jellen Tausende von Arbeitern vor das Nichts. Das Reich verliert gewaltige Summen an Steuereinnahmen und muß neue Summen für Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Es ist unverständlich, wie denkende Menschen zu solchen Maßnahmen kommen. Die Regierung wird alles tun, was möglich ist. Ob die geforderten Maßnahmen durchführbar sind, wissen wir nicht. Die Arbeiter haben nämlich erklärt, sie würden jeden niederlageln, der die Hand gegen die Anlagen erhebe. (Hör, hört.) Aber die Entente kennt ja nur ihren Machtpunkt und wir müssen ausbilden, wenn sie uns gewinnt.

Abg. Erling (Ztr.) befragt weitere Gewaltmaßnahmen der Entente. Aus Mache und Berührungswut will man wieder Ruinen herstellen, wie man einst das Hildeberger Schloß niedergerat hat. Diese Verurthe der Gegner sollten an nationalen Einheitswelen des Reiches abprallen.

Abg. Hartwig (D.R.) stellt sich auf den Boden der Interpellation. Die Schuld an diesen Zuständen trägt aber die Sozialdemokratie, die die Umwälzung herbeigeführt hat. (Wißstun, D. R.) Soll eine solche Politik weitergeführt werden, die zur Vernichtung der deutschen Werke führt? Von Gegenmaßnahmen der Regierung haben wir bisher wenig gehört. Die Öffentlichkeit ist erst aufmerksam geworden, als der Reichshof des Generals Koller der deutschen Arbeiterschaft ins Gesicht fuhr. Unsere Vernichtung streben alle Gegner an. Frankreich hat sich aber das Heuleramt vorbehalten. Es ist den französischen Staatsmännern eine Luit, in dem zusammengebrochenen Staatskörper

Das paßt freilich gut, sprach Frau Hadwig. Könnt ihr auch den Gang des Streites aus Euren Heidenbüche vorher sagen? wollte sie noch fragen, aber in Zeiten des Durcheinander ist nicht gut über Dichtungen sprechen. Der Schaffner war eingetreten. Das Reich sei aufgegeben bis auf den letzten Bißen, lautete sein Bericht, ob er zwei Oäfen schlachten dürfe.

Nach wenig Tagen war Simon Barbos Mannschaft so geschult, daß er sie der Herzogin zur Verfügung vorführen konnte. Es war auch Zeit, daß sie ihre Zeit nutzten; schon waren sie die veroffene Nacht aufgestört worden, eine helle Rote stand am Himmel fern überm See, wie eine feurige Wolke hielt sich das Brandzeichen etliche Stunden lang, es mochte weit in Helvetien drüben sein. Die Mönche tritten miteinander; es sei eine Erscheinung am Himmel, sagten die einen, ein feuriger Stern zur Warnung der Christenheit. Es brannt im Rheintal, sprachen andere; ein Trüber, der mit feinerer Nase begabt war, behauptete sogar den Brandgeruch zu spüren. — Erst lang nach Mitternacht erlosch die Rote.

Auf des Berges südlichem Abhang war eine mächtig weite Halde, die ersten Frühlingsblumen blühten drauf, in den Talmulden lag noch alter Schnee; das sollte der Platz der Ruhestung sein. Hoch zu Rofse sah Frau Hadwig, bei ihr hielten wohlgerüstet etliche Weltweichte, die zum Aufsehat gestohen waren, der von Ranbegg, der von Hoemen und der dürre Fribinger; der Reichenauer Abt sah Holz auf seinem Reiter, ein wohlberittener Mann Gottes; Herr Spazzo, der Rämmerer, bemühte sich, es ihm an Haltung und Bewegung gleichzutun, denn sein Gebaren war do-nehm und ritterlich. Auch Eckehard sollte die Herzogin begleiten, es war ihm ein Noß vorgeführt worden; allein er hatte es abgelehnt, daß sein Reid entflinke unter den Mönchen.

Jetzt tat sich das außer Burgtor martend auf, und die Schöven zogen herab. Voraus die Vogen- und Armbrustschützen, lustige Klänne erschallten, ersten Antikes schritt Aufstax als Sockpfeifer mit den Oornisten, in geschlossenem Zug aingaborte. Dann ließ Simon Barbo ein Signal blasen, da lösten sich ihre Glieder und schwärmten aus wie ein wilder Wespen-schwarm und hielten Busch und Beken besetzt

(Fortsetzung folgt.)

serungswilligen. Der innere Kampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber muß auf das Mindestmaß beschränkt werden. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich politisch mehr und mehr dem deutsch-nationalen Gedanken zuwenden. (Ein großartiger Vortrag, v. K. H.) Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse dem Vernichtungswillen der Entente ausgeliefert. Das deutsche Volk trägt keine Schuld am Krieg. Helfen kann uns nur die deutsch-nationale Politik.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Die Feinde wollen keine Verständigung. Den politischen Nachhabern an der Seine schwebt heute noch Napoleons Wort vor: Ich habe Preußen nicht genug geschwächt und Polen nicht stark genug gemacht. Die Friedensresolution des Reichstags hat den Vernichtungswillen der Feinde gesteigert (Zustimmung rechts). Hoffentlich wird die Reparationskommission sich mit den Werken beschäftigen. Der Friedensvertrag muß revidiert werden. Die Franzosen verstehen sich ausgezeichnet auf politische Propaganda. Jetzt benutzen sie die amerikanischen Legionen, um vor Beginn der Washingtoner Konferenz gegen Deutschland Stimmung zu machen. Herr Koch hat wieder auf die Reichsregierung losgehauen. Leider gelingt es niemals einen einmütigen Protest gegen die Kontrollkommission und die Vorkonferenz zustande zu bringen. Wenn die Entente so weiter arbeitet, wird Deutschland vielleicht herab, aber Frankreich mit ihm. (Beifall)

Abg. Göttsche (Dem.) erklärt, wenn wir mit Verhandlungen nichts erreichen, dann müssen wir den Säbel vor der ganzen Welt erheben. Gegenüber dem Unrecht, das uns angetan wird. In diesem Streit sollte sich das ganze deutsche Volk vereinigen. Abg. Brandes (U. Sp.) weist auf den Sturm der Empörung in der Arbeiterklasse hin, der sich erhob, als bekannt wurde, daß die deutschen Werte zerstört werden sollen. Der Internationaler Gewerkschaftsbund muß eingreifen.

Abg. Schürmer (D. Sp.) fordert Veröffentlichung des Materials, das den Beweis liefert, daß Deutschland nicht schuld am Kriege ist.

Abg. Malzahn (Komm.) bezeichnet die Empörung über die Forderungen der Entente als nationalen Rummel (Unruhe). Im Schlußwort verteidigte Abg. Koch (Soz.) die Haltung der Sozialdemokratie beim Friedensschluß.

Die Besetzungsvorlage.

Es folgte dann die erste Beratung der neuen Ergänzung zum Beamtenbesetzungsgesetz.

Abg. Tüböring (Soz.) erklärte, daß die unteren und mittleren Gruppen noch nicht ausreichend berücksichtigt seien. Die Regierung müsse weiter mit den Spitzenorganisationen verhandeln. Er fordert Abschaffung der prozentualen Feuerungszuschläge, Erziehung der Ortszuschläge durch ein Wohnungsgeld und ein Pensionär-Ergänzungsgesetz.

Abg. Hoffe (Zent.) fordert ebenfalls Gewährung von Mitteln zur Vorsehung der Beamten.

Abg. Regel-Berlin (D. K.) verlangt ausreichende Besetzung auch der Diakone, eine gewisse Einstufung der Bezüge nach der Verantwortlichkeit der Beamten, ausreichende Ortschaftszuschläge und Nachprüfung der Besetzungsvorlage.

Abg. Morath (D. Sp.) bedauert die Praxis der Regierung, welche nur die Wahl zulasse zwischen unüberänderlicher Annahme der Vorlage oder Verjagung. Die Nachprüfung der Besetzungsvorlage müsse sofort erfolgen.

Abg. Frau Hies (U. Sp.) beantragt Erhöhung der unteren Gehälter.

Abg. Delsus (Dem.) vermißt die Betonung der sozialen Gesichtspunkte bei dieser Neuordnung. Notwendig sei eine Reform der Staatsverwaltung.

Abg. Bauer (Behr. Sp.) stimmt der Vorlage zu, um den Beamten baldige Hilfe zukommen zu lassen.

Abg. Klätner (Komm.) hält die Vorlage in den jetzigen Stufen für völlig unzureichend.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt, daß das Reich bereit sei, den Einzelkämpfern zur Verbesserung der Beamtengehälter Vorschläge vierteljährlich im voraus zur Verfügung zu stellen.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Lesung erheben die Kommunisten Widerspruch. (Unruhe und Zurufe: Beamtenfreundel)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Anfragen, Besetzungsvorlage, Maßnahmen für die Invalidenrentner, Feuerungsinterpellation. — Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Badische Politik

Zum Tode des Geisl. Rats Wader

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion fandte der Zentrumsfraktion zum Tode des ehemaligen Führers des badischen Zentrums Geisl. Rat Wader folgendes Schreiben:

Der Tod des Herrn Geisl. Rats Theodor Wader hat unsere Fraktion schmerzhaft berührt. Wir sagen Ihnen unser herzlichstes Beileid aus Anlaß des Verlustes, den Ihre Partei erlitten hat. Wader verlor sich in sich ein wesentliches Glied der badischen politischen Geschichte der drei letzten Jahrzehnte. Er stand zwar unserer Partei als ein scharfer Gegner gegenüber, aber wie früher so erkennen wir auch heute an, daß er diesen Kampf offen und ehrlich geführt hat. Vor allem aber war er auch für die gegnerischen Parteien ein Lehrentmeister der politischen Taktik und der Wahlstrategie, als welcher er durch seine Schriften befruchtend auf das politische Leben des Landes einwirkte. Dafür ist ihm jeder, der in der Politik tätig ist, zu Dank verpflichtet.

Prälat Dr. Schofer

Wie der Badische Beobachter mittelt, hat der Papst dem Geisl. Rat und Landtagsabgeordneten Dr. Schofer die Würde eines päpstlichen Kausprälaten verliehen. Obwohl der Katholikenausschuß der deutsch-nationalen Partei daraufhin dem Papst ein Mißtrauensvotum ausspricht?

Die Verjagung der Landwirtschaft aus Nord- und Ostland

Die Bad. Landwirtschaftskammer hat im Interesse der badischen Landwirtschaft, die zufolge ihrer Lage an der Peripherie des deutschen Reiches es bei ihrem starken Bedarf und Bezug norddeutscher Saatgutes, norddeutscher Futtermittel und Düngemittel, norddeutscher Kohlen usw. als auch bei ihrem Absatz am Ost u. W. unter jeder Tarifveränderung besonders schwer zu leiden hat folgende Anträge bei der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe gestellt:

- 1. Die Bad. Landwirtschaftskammer erhebt gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife ihre schwersten Bedenken, da diese geeignet ist, produktionshemmend zu wirken. 2. Unter allen Umständen fordert sie die Beibehaltung der im Juni in Kraft getretenen tariflichen Vergünstigungen für Nahrungsmittel und des Ausnahmetarifs für Düngemittel, 3. Die Gütertarife sind weitgehend vertikal zu stellen, wobei auf die geographisch ungünstig gelegenen Gebiete Rücksicht zu nehmen ist. 4. Die Eisenbahnerverwaltung sollte mit Rücksicht auf den derzeitigen Grundbesitz in Baden und Süddeutschland die noch vorhandenen 10. Klassen-Wagen in erster Linie diesen Gebieten zur Verfügung stellen. — Es wäre recht sehr zu hoffen, daß diese Wünsche auch die nötige Beachtung fänden.

Zum 60. Geburtstag des Chefs der demokratischen Landtagsfraktion, Präsidenten Dr. Glodner, der sich durch seine Sachkenntnis große Verdienste erworben hat, fandte die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch ihren Vorsitzenden folgendes Schreiben:

Im Auftrage meiner Fraktion sage ich Ihnen unsern herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem 60. Geburtstag. Wir wünschen Ihnen noch auf recht lange Jahre die geistige Frische, Beweglichkeit und Arbeitsfähigkeit, die Sie heute auszeichnen. Wir dürfen Ihnen heute sagen, daß wir in den drei Jahren gemeinsamer Tätigkeit im badischen Landtag alle Ihre Arbeitskraft, Ihren Arbeitswillen und Ihre Kollegialität schätzen gelernt haben, und daß wir uns freuen, noch recht lange gemeinsam mit Ihnen im Dienste des Volkes wirken zu können.

Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang November 1921.

Bei der während des ganzen Monats Oktober andauernden günstigen Witterung konnten die Feldgeschäfte fast überall ordnungsgemäß erledigt werden. Die Wintergetreidefrüchte, welche im September gleich nach dem eingetretenen Regen gemacht wurden, zeigen meistens einen schönen Bestand, während die später, erst im Oktober untergebrachten Saaten, insbesondere von Weizen und Spelz in vielen Fällen infolge der Trockenheit dünn und ungleichmäßig ausgehen und mancherorts noch ungeleimt im Boden liegen. Die Niederschläge der letzten Tage werden jedoch auf die Entwicklung auch der geringeren Saaten günstig einwirken und die Reimung beschleunigen. — Obwohl die Klagen über Mäusefraß in manchen Gegenden etwas nachgelassen haben, wird da und dort immer noch über Fortdauer der Mäuseplage in den Ackerädem und in den jungen Saaten berichtet.

Abg. Dr. Karl Glodner, der Präsident des Bad. Verwaltungsgerichtshofs feierte am gestrigen 10. Nov. seinen 60. Geburtstag. Neben seiner arbeits- und verantwortungsvollen Amtstätigkeit widmete sich Präsident Dr. Glodner in hervorragendem Maße den parlamentarischen Arbeiten seiner badischen Heimat. Als Mitglied der badischen Nationalversammlung und des badischen Landtages, dem er auch nach den letzten Wahlen wieder angehört, zeichnet er sich durch vorbildliche Arbeitskraft, nie verlassendem Eifer und reiche Kenntnisse aller einschlägigen parlamentarischen Arbeiten aus. Auch zeigte er in den letzten Jahren größeres Verständnis für die sozialen Aufgaben der Gegenwart.

Präsidentenwahl im Badischen Landtag

gr. Karlsruhe, 10. November.

Nur langsam kommt die Parlamentsmaschine in Gang. Die kleinen Gruppen, die, wie der Landbund, ständig in Umbildung begriffen sind, verursachen Verzögerungen. So konnte das Präsidium erst in der heutigen 2. Sitzung gebildet werden. Seine Zusammensetzung ergab sich aus der Stärke der Parteien. Das Zentrum stellt als stärkste Partei den Präsidenten Wittenmann, die Sozialdemokraten als zweitstärkste Partei den 1. Vizepräsidenten Maier-Heidelberg, der Landbund als drittstärkste Partei den 2. Vizepräsidenten Gebhard. Da den Kommunisten und Unabhängigen der alte Parlamentsgebrauch, das Präsidium nach dem Parteienverhältnis zusammenzusetzen, unbekannt ist, mußte die Präsidiums Wahl statt durch Zuzug durch Stimmzettel vorgenommen werden, wobei die beiden Einzelgruppen weiße Zettel abgaben, ohne daß sich sonst am Resultat etwas änderte. Merkwürdig berührte es, daß 5 Stimmen statt auf Gebhard (Ddbd.) auf Maier (Ddbd.) lauteten, was einen intimen Austausch im Lager der Sozialdemokraten unter die Parteien, wobei es allgemeine Heiterkeit erregte, als dann als erste Schriftführerinnen Frau Fischer von den Sozialdemokraten und Frau Strauß von den Demokraten links und rechts vom Präsidenten Platz nahmen.

Unter den Eingängen ist ein Antrag des Kommunisten Bod beachtlich, wonach jeder Anzahl von Abgeordneten eine Partei beitrete, die Fraktionsbildung ermöglicht wird. Der Antrag des Herrn Baasche von der Deutschliberalen Volkspartei, schon mit 5 Abgeordneten eine Fraktion bilden zu können, macht damit Schule. Der Landtag löst sich in Sekten auf und die praktische Arbeit in den Ausschüssen wird zum Redoutier der Gruppen — eine Entwicklung, die das Ende der praktischen gesetzgeberischen Tätigkeit bedeutet. Interessant waren dann noch verschiedene auf Agitation eingestellte Anträge von Rechts, die Abg. Dr. Schofer nicht zu Unrecht als „Kinderkrankheiten“ bezeichnete: alles Beweise, daß das badische Volk durch die Wahl der vielen kleinen Gruppen der positiven Arbeit keinen Dienst tat.

2. öffentliche Sitzung

Alterspräsident Baasche eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Die Wahl des Präsidiums

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) schlägt laut Absprache des Seniorsenats vor als Präsidenten Wittenmann (Ztr.), als 1. Vizepräsidenten Maier-Heidelberg (Soz.), als 2. Vizepräsidenten Gebhard (Ddbd.); als Schriftführer Schneider-Mannheim (D. K.), Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.), Frau Strauß (Dem.), Hiesmaier-Oberkirch (Ztr.).

Abg. Bod (Komm.) beantragt Wahl durch Stimmzettel, da die Kommunisten nicht am Seniorsenat teilnehmen.

Abg. Marum (Soz.) erklärt, daß hier kein Ausschluß vorliegt. Denn nach der Geschäftsordnung haben nur die Fraktionen Anspruch auf Vertretung im Ausschuss. Die Kommunisten haben ebensowenig wie die Liberale Volkspartei im Ausschuss eine Vertretung, da sie beide keine Fraktion bilden. Die Kommunisten waren jedoch von den Vorschlägen zum Präsidium unberührt.

Abg. Hummel (Dem.): Die Abgeordneten haben der Geschäftsordnung zufolge, auch wenn sie keine Fraktion bilden, das Recht, den Ausschüssen beizutreten; auf Antrag so gar mit beratender Stimme. Die Kommunisten haben jedoch keinen Gebrauch davon gemacht, der Ausschüsse beizutreten. — Die Wahl des Präsidiums wird nunmehr durch Stimmzettel bei geheimer Stimmabgabe vorgenommen.

Insgesamt werden 56 Stimmen abgegeben. Es erhalten Wittenmann (Ztr.) als Präsident des Landtags 79 Stimmen; Maier-Heidelberg (Soz.) als 1. Vizepräsident des Landtags 79 Stimmen; Gebhard (Ddbd.) als 2. Vizepräsident des Landtags 69 Stimmen.

Weitere Stimmen erhalten, und zwar: Maier (Ddbd.) 6 Stimmen, Herle (Ddbd.) 1 Stimme, Fischer (Ddbd.) 1 Stimme, Dr. Schofer (Ztr.) 1 Stimme. 5 Zettel sind unbeschrieben.

Sonach sind gewählt:

- 1. Präsident: Wittenmann (Ztr.)
- 1. Vizepräsident: Maier-Heidelberg (Soz.)
- 2. Vizepräsident: Gebhard (Landbund)

Abg. Wittenmann (Ztr.) nimmt den Präsidentenposten ein. Als Schriftführer werden bei 5 Enthaltungen der Unabhängigen und Kommunisten durch Zuzug gewählt: Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.), Frau Strauß (Dem.), Schneider-Mannheim (D. K.), Hiesmaier-Oberkirch (Ztr.).

Hierauf wird der Geschäftsverordnungsansatz gebildet. Von sozialdemokratischer Seite gehören ihn an: Kaufmann, Kösch, Grohmann (Stellvertreter: Graf, Forier, Weigmann). Zur Beratung des Antrages bezüglich der Fraktionsbildung gehören ihm von der Sozialdemokratie als Vertreter an: Marum und Maier-Heidelberg. Insgesamt zählt der Geschäftsverordnungsansatz 11 Mitglieder, und zwar 3 Soz., 5 Ztr., 1 Dem., 1 Ddbd., 1 Deutschliberal.

Präsident Wittenmann dankt in einer Ansprache für die Wahl zum Präsidenten des Landtags, der kraft eigenen Rechtes

zusammengetreten, die souveränen Rechte des badischen Volkes wahrte. Ich werde mich bemühen, die Geschäfte bestens zu führen. Durch meine 16jährige parlamentarische Tätigkeit bin ich dem Hause bekannt. Der Landtag schaut auf eine 100jährige Tradition. Möge das Haus auch weiterhin zum Nutzen der Gesamtheit seine Arbeit verrichten. Möge die parlamentarische Tagung von Erfolg und von Segen begleitet sein!

Von den Kommunisten ist ein Antrag eingegangen, jede Anzahl von Abgeordneten, die eine Partei vertritt, als Fraktionsbildung zu billigen.

Am Eingang befindet sich eine Reihe förmlicher Anfragen und Anträge.

Der Landbund teilt mit, daß sich der Fraktionsvorstand gegenüber seiner ersten Mitteilung wieder geändert hat. An Stelle des Abg. Gebhard ist Abg. Maier Fraktionsvorsitzender. Nächste Sitzung: Freitag früh 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Wahlprüfungskommission. Bericht über den Antrag Baasche (D. Sp.) und Bod (Komm.) bezüglich Fraktionsbildung. Schluß der Sitzung: 12.50 Uhr.

Aus der Partei

Buchhandlungs-Kommission. Samstag, 12. November, abends 6 Uhr, findet in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße, eine Sitzung mit wichtiger Tagesordnung statt. Erscheinen aller Mitglieder dringend geboten.

Unterwiesheim, 9. Nov. Samstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus zur „Kanne“ die monatliche Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Gewerkschaftliches

Zur Aussperrung bei Benz in Mannheim

II. meldet: In der Angelegenheit der Differenzen bei der Firma Benz fand eine Funktionärsversammlung der beteiligten Mannheimer Großbetriebe statt. Anfänglich war die Stimmung für einen Sympathiestreik vorherrschend, doch einigte man sich nach längerer Aussprache auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Es soll darauf hingewirkt werden, mit dem Demobilisationskommissar nochmals zu Verhandlungen mit Vertretern der Firma Benz zu kommen.

Eisenbahner-Versammlung

Am letzten Sonntag, den 6. d. M., nachm. 2 Uhr, fand im „Grünen Binkel“ in Philippsburg eine vom deutschen Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Philippsburg, einberufene Versammlung statt, zu der auch Kollege Hauptbetriebsrat Söhreer-Etlingen erschienen war. Das Thema lautete: „Die Interessen des Verbandes“, über das Kollege Söhreer sprach. Er stellte dabei das jetzige Einkommen der Eisenbahner, sowie die fixierten Gehälter und forderte die der Organisation noch fehlenden Kollegen auf, ihr beizutreten, um dadurch eine Verbesserung zu erreichen. Kollege Söhreer erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. In der Diskussion beteiligte sich der Vorsitzende Kollege Müller, der die Ausführungen des Referenten unterstützte.

Soziale Rundschau

Die größte Kriegsofferorganisation der Welt

Nach mehrmonatlichen Einigungsverhandlungen ist es am 5. und 6. November 1921 gelungen, die beiden größten Kriegsofferverbände Deutschlands: den Reichsbund der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen, sowie den „Einheitsverband der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen“, zu einer gemeinsamen Organisation zu vereinigen. Die vereinigten Organisationen führen den Namen „Reichsverband deutscher Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen“. Der Reichsverband ist nunmehr nicht nur die größte Kriegsofferorganisation Deutschlands, sondern auch der ganzen Welt und zählt über eine Million Mitglieder.

Herbsttagung des Badischen Landesverbandes des Deutschen Rentnerbundes

Am 5. und 6. November fand in Konstanz unter dem Vorsitz des Landesverbandsvorsitzenden Dr. Wegener-Fretburg, die aus allen Teilen Badens besetzte Herbsttagung des Badischen Landesverbandes statt. Im überfüllten Burghofsaale sprach Dr. Wegener über Rentnerhilfe und Rentnerbund und entwickelte ein anschauliches Bild der vom Rentnerbund geleiteten Kulturarbeit. Stannen erregte es, als er erwähnte, daß der Überbringer von Kaffee, Scheidemann, bereits über eine Million der dortigen Ortsgruppe, die ein Muster sozialer Arbeit sei, zugewendet habe, und die Bereitwilligkeit mancher badischen Städte damit verglich. Redner veranschaulichte die Arbeit der Rentnervereine und die Tätigkeit der Rentnervereine in der Provinz. In den Delegiertenversammlungen wurden alle Möglichkeiten der Reichs- und Staatshilfe und der Selbsthilfe durchgesprochen. Mit der einstimmigen Wiederwahl des Landesverbandsvorsitzenden Dr. Wegener für das folgende Jahr schloß die Tagung.

Der Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose

hielt am Sonntag in Schwetzingen seine Landesversammlung ab. Vorausgegangen war eine Besprechung der Tagesordnung über „Arzt und Fürsorge“. Der Landesverbandsvorsitzende Prof. Starb-Karlsruhe begrüßte die Tagungsteilnehmer, darunter die Vertreter der Ministerien, Behörden, Vereine und der Ärzteschaft. Der Redner machte Mitteilungen über die Zunahme der Tuberkuloseerkranklichkeit; sie war auf dem Lande ein Drittel geringer als in der Stadt. Die Sterblichkeit der Frau an Tuberkulose überstieg während des Krieges die des Mannes, hervorgerufen durch die stärkere Beteiligung der Frau an öffentlichen Leben während der Kriegsjahre. Die brennendste Frage in der Tuberkulosebekämpfung ist die Wohnungsfrage; in zweiter Linie steht die Ernährungsfrage. Die Sozialversicherung muß sich mehr als früher der Bekämpfung der Tuberkulose beim Kinde widmen. — Nach dem von Prof. Dr. Berghaus gehaltenen Geschäftsbericht ist die Reorganisation der 73 selbstständigen Bezirks- und Ortsausschüsse, einschließlich der mehreren hundert kleineren Ortsausschüsse, vollständig durchgeführt. Schließlich wurde noch von Stadtschulrat Dr. Fehr-Heidelberg die Befähigung der Frau in der Tuberkulosebekämpfung, besonders auf dem Lande, besprochen.

Jugend und Sport

Was bringt der Arbeiter-Fußballsport am nächsten Sonntag

Sonderklasse, 1. Gruppe (Karlsruhe): Durlach — Durmersheim, Adern — Aue, N. Sp. Karlsruhe — Hagsfeld, Ruppert — Union Karlsruhe, N. 2. Karlsruhe frei. — Protospiele Grünwettersbach — Wolfartsweier in Aue.

Die am letzten Sonntag wegen schlechtem Wetter nicht abgetragenen Spiele werden diesen Sonntag ausgetragen.

Einige Wader-Erinnerungen

übermittelt uns Gen. Weismann aus der Zeit, in welcher der verstorbene frühere Führer des Zentrums im Mittelpunkt des politischen Lebens in Baden stand.

Es darf heute zugestanden werden, der Geist. Rat Theodor Wader hat uns sozialdemokratischen Redaktionen viel zu schaffen gemacht; er war nicht nur Parteiführer, Agitator und Organist, sondern in sehr hohem Maße auch Journalist und Schriftsteller.

Der Geist. Rat Theodor Wader hatte sich als Lebensziel gesetzt, das Zentrum groß und alle anderen Parteien in Baden klein zu machen. Bei den Demokraten und früheren National Liberalen hat er es erreicht, bei der Sozialdemokratie nicht! Nach den Landtagswahlen von 1909 erklärte er, die National Liberalen haben wir nicht mehr zu fürchten, der Kampf gilt jetzt der Sozialdemokratie und ihren Verbündeten!

Unvergleichlich sind auch Waders Nebenbuhler mit dem früheren Minister Eisenlohr und mit den nationalliberalen Führern Nieser und Kiefer.

Wenn Wader wegen Vereidigung eines politischen Gegners — und das kam vor — vor Gericht stand, gab es stets eine interessante Verhandlung. Einer solchen erinnere ich mich; sie fand vor mehr als 10 Jahren vor dem Schöffengericht Karlsruhe statt.

Ersttaunlich war auch Waders gut eingerichtete Registratur, oder sein Gedächtnis! Die ihn näher kannten, behaupteten das letztere; wir, die da saßen, daß Wader Reden von gegnerischen Abgeordneten aus den 70er, 80er oder 90er Jahren aufmarschieren ließ mit genauer Angabe der Zeit, daß der Abgeordnete im Jahre 1877 in der badischen Kammer so oder so gesagt habe, demeritten ihn ob der sorgfältigen Verwahrung der Kammerberichte und Zeitungsbände.

Ebenso hat er sich über die Existenzurkunden der Sozialdemokratie über ihre politischen und wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten, wie so mancher andere große Politiker geirrt.

Wader war aber auch nicht nur der Löwe von Fähringen, sondern der große Einsiedler seines Lebens.

Gemeindepolitik

Freiburg, 9. Nov. Der Freiburger Stadthausrat. Im Bürgerausschuß Legannen heute die städtischen Vorschlagsberatungen für das Rechnungsjahr 1921/22.

Petrachtung über die städtische Finanzlage hob Oberbürgermeister Dr. Lehmann auf die unzureichende Kennzeichnung der Lasten ab, daß es nicht mehr, wie in früheren Jahren, möglich sei, einen genauen Berechnungsplan für die städtischen Ausgaben aufzustellen.

Konstanz, 4. Nov. Konstantz war schon immer auf den Bezug von Schweizermilch angewiesen, weil die Milch des Bezugsgebietes nach den badischen Groß-Städten verhandelt wird.

Kleine badische Chronik

Forstheim, 9. Nov. Schenkung. Der Stadt wurden von der Firma G. G. G. in Buenos Aires 30.000 M für Waisen, und arme und kranke Kinder der Stadt Forstheim überwiesen.

Wannheim, 10. Nov. Selbstmordversuch. Am 8. d. M. versuchte sich eine 77-Jährige alte Witwe durch Einatmen von Benzolgas das Leben zu nehmen.

Emmeningen, 10. Nov. Mischglücklicher Fluchtversuch. Letzter Tage wurde ein 16-jähriges Mädchen, das einer Erziehungsanstalt entlaufen war, hier aufgegriffen.

Waldbühl, 9. Nov. Mit gepfefferten Strafen geht das Finanzamt Waldbühl gegen die Steuerpflichtigen vor. Wegen Hinterziehung der Umsatzsteuer wurden verschiedene Landwirte in Coltertal, Böhrental, Oberfimmerswald, Altmitterswald und Unterfimmerswald in Geldstrafen zwischen 4000 bis 6000 M genommen.

Oberhausen, 9. Nov. Starker Rasenaustrich. Infolge starken Auftretens der Rasen mußte auf Anordnung des Bezirksarztes die Volksschule auf 14 Tage geschlossen werden.

Freiburg, 10. Nov. Der Rasen in der Verkehrsstraße 11, nach nicht in allen Einzelheiten völlig aufgelöst, gemeindefreie handelt es sich aber um eine Eisenerzschmelze.

St. Blasien, 10. Nov. Wasserhaden. Der ausgiebige Regen der letzten Tage hat bei der im Bau befindlichen Wasserkraftanlage der Hiesigen medanischen Bundeswerke recht bedeutenden Schaden angerichtet.

Hilferbach, 9. Nov. Ein schöner Fund. Bei einigen Wägen brante der Reiterhof ab, nun fand bei der Aufräumungsarbeiten der Sohn der Brandgeschädigten Familie in der Grundbodenmutter 140 Silbermünzen in Größe eines Pfennigstückes.

St. Blasien, 10. Nov. In dem großen Brand, der das Anwesen des Landwirts Friedrich Fott in Strittberg einäscherte, wird noch gemeldet, daß 12 Stück Rindvieh, 9 Schmeine und zahlreiches Kleinvieh in den Flammen umgekommen sind.

Freiburg, 10. Nov. Wie aus einer Bekanntmachung des städtischen Rathamtes hervorgeht, können infolge ungewöhnlich geringer Milchlieferung nur noch die Kinder bis zu 4 Jahren regelmäßig mit Milch versorgt werden.

Nach wird an Kinder bis zum 8. Lebensjahre verteilt werden. Die Versorgung der Kinder bis zu 14 Jahren und der Erwachsenen muß bis auf weiteres gänzlich ausfallen.

Badische Presse und Tabakerte. Aus Friedrichstal wird uns von einem Landwirt geschrieben: Die „Badische Presse“, das charakterlose Sinnlosblatt befahte sich kürzlich in einer Zuschrift mit der diesjährigen Tabakernte.

Das deutsche Eigentum in Elsaß-Lothringen. Im Landgerichtsbezirk Straßburg, Zabern und Metz wurden im Juli und August erneut Vermögen deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger in größerer Anzahl beschlagnahmt.

Der Herr Auge betr. Ein Parteigenosse schreibt uns: Es ist bald schade um jede Seele, die noch für diesen Namen geschrieben wird. Aber das gegenwärtige Bild des verflochtenen Privatdozenten und Vaterlandspredigers paßt ausgezeichnet auf den Auge vom November 1918.

Verkehrsverzögerungen. Gesperrt ist bis auf weiteres die Annahme von Frachttariffen nach Hannover Nord und Uebergang nach Hannover Süd und Hannover Linden.

Von der Post. In Oesterreich ist die Annahme telegraphischer Postanweisungen nach Deutschland vorübergehend eingestellt worden.

Marktbericht. Auf dem Viehmarkt in Singen a. N. waren aufgeführt: 190 Ferkel, 24 Stück Großvieh und ein Pferd. Die Hälfte des Grobviehs wurde verkauft, von den Ferkeln wurden 160 Stück abgesetzt.

Der Ausverkauf der oberbadischen Grenzstädte. Singen a. N., 8. Nov. Der Ausverkauf der oberbadischen Grenzstädte durch die valutararken Schweizer dauert fort. In Singen ist es bereits soweit gekommen, daß man nicht einmal mehr einen Leinwandtragen kaufen kann.

Der Ausverkauf Freiburgs. Durch die valutarichtigen Schweizer ist in vollem Gange. Von Tag zu Tag springen die Preise in die Höhe.

Kleine Nachrichten. Berlin. Nach dem Berliner Lokalanzeiger haben als Maßnahme gegen den Ausverkauf die großen Juweliergeschäfte in Wiesbaden ihre Läden geschlossen.

Kleine Nachrichten. Berlin. Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Schneidemühl meldet, ist es in Graubünden und anderen Städten polnisch-deutscher Zentren wieder zu Feuersbränden gekommen.

Berlin. Der „Berliner Lokal-Anz.“ berichtet aus Wiesbaden: Die Schauspieler vom Stadttheater in Donau wollten in Wiesbaden als Gastspiel das Schauspiel „Die Jaron“ geben. Die Gepäckstücke mit den Kostümen wurden von den Franzosen beschlagnahmt, da sich darin auch Schwerer für die russische Armee befanden und die Einfuhr von „Waffen“ ins besetzte Gebiet bekanntlich verboten ist.

Wiesbaden. Auf der Eisenbahnlinie im Süden der Provinz Algora ist ein Zug entgleist. 11 Personen wurden getötet, 20 verwundet. Der Versuch, die Entgleisung eines Zuges herbeizuführen, ist in der Gegend von Eora entdeckt worden. Eine Unternehmung wurde unverzüglich eingeleitet.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 11. November.

Geschichtsausschuss

11. November. 1921. Der russische Schriftsteller Fedor Dostojewski in Moskau. — 1918 Einstellung der Feindseligkeiten in allen Fronten des Weltkrieges. — 1918 Sturz der Dynastien in Oldenburg, Meuß, Weimar, Lippe usw.

Trochender Transportarbeiterstreik in Kar'lsruhe

Durch die ungeheure Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel waren die im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter und Fuhrleute gezwungen, erneut Lohnforderungen zu stellen. Die letzte Lohnregelung wurde am 15. August vorgenommen. Einige Arbeitgeber sträubten sich heute noch, den damals vereinbarten Lohnsatz anzuerkennen, weil, wie sie sagen, ihre Vorlieferanten kein Recht habe, solche Lohnsanktionen zu unterstreichen. Andere Arbeitgeber wieder erklärten, daß sie nicht imstande seien, höhere Löhne zu bezahlen, wenn sie nicht höhere Preissätze etc. erhalten. Mit diesen Ausreden können sich selbstverständlich die Arbeiter nicht zufrieden geben, umsoweniger als die Fuhrleute immer noch nicht den Lohnsanktionen haben und bei einzelnen Arbeitgebern sogar länger wie 9 Stunden täglich arbeiten sollen, ohne jeden Zuschlag. Es ist zu befürchten, daß in der am Samstag abend stattfindenden Versammlung der Streik beschlossen wird, da verschiedene Arbeitgeber nicht das geringste Entgegenkommen zeigen und einzelne Arbeitgeber, wie W. Berner u. Gärner, nicht einmal Höflichkeit gegenüber der Organisation bewahren. — Aber auch in den Schwere- u. Fuhrwerksbetrieben sind die Fuhrleute über die Behandlung in Lohn- und anderen Fragen außerst aufgebracht. Wenn es zum Neujahr kommt, dann muß auch hier einmal gründlich Remedur geschaffen werden.

Eine leere Adresse des Mietvereins

Das Mietvereinsamt schreibt uns: „Im Volksfreund“ vom 2. Nov. 1921 richtet ein Mietervertreter unter Schilderung eines Falles an das Mietvereinsamt eine Anzahl Anfragen. Wir erlauben, Ihnen hierzu mitzuteilen, daß es uns nicht anzeigt, auf derartige Fragen näher einzugehen, ganz gleich, ob der Tatbestand richtig oder, wie im vorliegenden Fall, entstellt wiedergegeben ist. Das Mietvereinsamt ist eine richterlich unabhängige Behörde und kann sich schon aus diesem Grunde mit derartigen Anfragen in der öffentlichen Presse nicht näher befassen. Dr. Nicht.

Aus dieser Antwort spricht denn doch eine gemaltete Uebersetzung heraus. Nicht einmal der Staatsanwalt hätte eine solche Antwort erteilt, denn dieser ist bemüht, in Zweifelsfällen Aufklärung zu geben. Aus obigem Schreiben amiel aber derjenige Geist heraus, der so recht dazu angetan ist, das bürgerliche Vertrauen, das die Bevölkerung zum Mietvereinsamt bezogen, seiner Leitung noch hat, vollends ganz zu untergraben.

Stellung der Mietvereinskommission

Dr. N. In der Sitzung der Mietvereinskommission am Mittwoch waren auch erschienen die Stadträte Franz und Wilh. Frey und für die Grund- und Hausbesitzer die Herren Schwarz und Arndt. Herr Schwarz sprach seine Bewunderung darüber aus, daß der Stadtrat schon wieder seine Initiative ergreife zur Regelung der Mietangelegenheiten, statt den beteiligten Hausbesitzern und Mietern zu überlassen, sich unter sich zu einigen. Bürgermeister Schneider wies darauf hin, daß eine Einigung der Mieter und Hausbesitzer unter sich wohl erwünscht sei, es fehle aber zurzeit noch an einer durchgreifenden Organisation.

Hierauf sprach man zur Beratung der einzelnen Punkte der Mietangelegenheiten. Vom Mietervertreter wurde der Betrag von 6 v. H. der Grundmiete als zu hoch bezeichnet, fünf vom Hundert sei auch in anderen Städten als genügend anerkannt worden. Man erwog, daß der Steuerwert an sich gegenüber dem Feuerversicherungsbeitrag oder den Baukosten ein feststehender, nicht erst zu ermittelnder Wert und als solide Grundlage der Berechnung beizubehalten sei, daß auch nament-

lich in neueren Häusern der Steuerwert erheblich niedriger angesetzt sei, als die Baukosten, als das angelegte Kapital. Wenn sich die Mieter das vergegenwärtigen, dann müssen auch sie eine Grundmiete von 6 v. H. als nicht zu hoch anerkennen. Die nach gesetzlicher Vorschrift durchzuführende Neubeurteilung aller Grund- und Gewerbebetriebskapitalien werde eine erhebliche Erhöhung bringen. Im laufenden Jahre sind aber trotz der inzwischen eingetretenen Wertveränderungen die Abgaben nach der bisherigen Veranlagung zu erheben. Eine Grundmiete von 6 v. H. vom Steuerwert 1914 erschien aber auch aus dem Grunde angemessen, weil darin noch andere Kosten mit inbegriffen sind, welche sonst unter den Betriebskosten besonders anzuführen wären. Die Sparlaste plant erste Hypotheken zu 4 1/2 v. H. in Höhe von 80 v. H. des Steuerwertes zu geben, zweite Hypotheken mit 20 Prozent des Steuerwertes kosten 4 1/2—5 Prozent. Um eine Verzinsung des angelegten Kapitals zu erreichen, sind also 5 Prozent des Steuerwertes nötig und angemessen. Als Ersatz für das Risiko ausfallender Mieten, für die Kosten der Verwaltung des Hauses und die Tilgung müssen weiter 1 v. H. berechnet werden. Wenn in anderen Städten nur 5 v. H. des Steuerwertes an Grundmiete für ausserordentlich erachtet wurde, so können jene Beträge darin nicht inbegriffen sein. Auf Vorschlag von Landgerichtsrat Dr. Fromberg und Stadtrichter Reumum beschloß die Kommission einstimmig, unter I der Normberechnung statt 6 v. H. Grundmiete zu setzen: a) Grundmiete 5 v. H. b) Verwaltungskosten, Tilgung und Risiko 1 v. H., zusammen 6 v. H. des Steuerwertes. Dabei sollen auch diejenigen kleineren Nebenkosten mit inbegriffen sein, welche unter II (Betriebskosten) nicht namentlich aufgeführt werden.

Wegen der Betriebskosten wurde zunächst die Frage erörtert, ob die einzelnen Kosten überhaupt auf die Mieter abgewälzt werden sollen. Nachher soll über den Umfang der Abwälzung beschlossen werden. Eine längere Erörterung, an welcher sich die Herren Abels, Schneider, Braun, Reumum, Dr. Söninger, Dr. Kullmann, Schwarz und Dr. Fromberg beteiligten, hatte das Ergebnis, daß die Kommission überwiegend der Auffassung ist, daß die Abwälzung der unter II der bisherigen Berechnung genannten Betriebskosten auf den Mieter, als Lasten des Hauses, nicht unangenehm werden können.

— **Quänterpeisung.** Mitte Oktober hat die Quänterpeisung in den hiesigen Schulen wieder begonnen. Die Zahl der Teilnehmer mußte wesentlich zurückgeschraubt werden, da die Kinderhilfskommission der religiösen Gesellschaft der Freunde (Quänter) von Amerika für unsere Stadt nur noch 1700 Portionen (gegen früher 3500) zur Verfügung stellen konnte. Die Speisung der Mütter und Kleinkinder konnte daher nicht mehr aufgenommen werden. Die Speisung erfolgt in allen Schulen in der Weihnachtspause. Das Essen, für das zur Deckung eines Teils der Herstellungskosten pro Portion der Betrag von 40 Pf. zu leisten ist, besteht aus Milchreis, Kaffee mit Dönneln, Nohrensuppe mit Wasser, Weibsel mit Einbeid oder Milchsuppe mit Brotwürfeln. Die Zubereitung der Speisen erfolgt in der ehemaligen Kriegsküche im Schlosshof. Die Ausgabe des Essens hat die Betriebskommission der hiesigen Volks- und Höheren Schulen in dankenswerter Weise übernommen. Den Städten Erlangen und Durlach, in welchen ebenfalls Speisungen wie in Karlsruhe stattfinden, werden die fertigen Speisen von der hiesigen Organisation geliefert. Die Anlieferung der Speisen erfolgt durch Termophoren. Es ist eine Freude zu sehen, wie den Kindern das warme Essen schmeckt. Zur Sache, daß nicht alle Kinder, die es nötig haben, ausgelassen werden können. Die Auswahl der Kinder treffen die Herren Stadtschulräte Dr. Pauli und Dr. Kiese. Der Küchenbetrieb steht unter der Leitung des Herrn Stadtrat Schwärbel. Die gesamte Organisation der umfangreichen Verwaltung wird von Herrn Stadtschulsekretär Hebelstein als Geschäftsführer durchgeführt.

Für betriebliche Geschäftsbetriebe. Der Feststellungsausschuss Berlin für betriebliche Geschäftsbetriebe hat beschlossen, die bisher gewährten Zuschüsse für die Wiederbeschaffung von Hausrat zu erhöhen, und zwar sollen Erhöhungen für Möbel 600 auf 800 Proz., für Textilien von 800 auf 1200 Prozent eintreten. Die Zuschüsse für Bekleidung und Geräte usw., die künftig zur Anwendung kommen sollen, werden sich vermutlich zwischen 100 und 2000 Proz. bewegen.

— **Alles geht in die Höhe.** Der Verein der Karlsruher Ärzte gibt bekannt, daß infolge der Feuerung die Ärzte gezwungen sind, ihre Honorare zu erhöhen. Es wurden als Normalgebühren für prakt. Ärzte 20 Pf. für die Sprechstundenberatung und 30 Pf. für den Hausbesuch festgelegt. Diese Gebühre gelten nicht für die Kranken, deren Einkommensverhältnisse den Durchschnitt überschreiten; sie sind außerdem für Spezialärzte nicht maßgebend.

— **p. Nohe Körperverletzungen.** Am Mittwoch nachmittags schlugen ein lediger Bahnarbeiter und ein lediger Hilfsmonteur im Hofe eines Hauses der Schützenstraße mit einem Rahmenstuhel auf einen verheirateten Schlosser ein, wobei der Mißhandelte einen Interkostalbruch erlitt und am rechten Ohr verletzt wurde, so daß er mittels Krankenautos nach dem neuen

St. Bingenushaus verbracht werden mußte. Die beiden Täter wurden festgenommen.

— **Die „Kola“.** Einkaufsgenossenschaft Karlsruher Kolonialwarenhandl. hielt am 8. November ihre Generalversammlung über das 10. Geschäftsjahr ihres Bestehens, bei sehr regem Besuche ab. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn A. Bühler, erhaltete der 1. Vorstand, Herr A. Wittmann in Pa. S. Münding Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, ganz besonders darauf hinweisend, daß dasselbe nur zum Teil befriedigendes Ergebnis zeitigte. Sowohl die Genossenschaft wie auch die Mitglieder selbst haben infolge dieser rapid fallenden Preise bedeutende Verluste erlitten, doch ist die Krise wieder überwunden und die Einbußen verschmälert worden. Der Umsatz habe sich trotz der billiger gewordenen Waren gegen das Vorjahr verdoppelt, auch das finanzielle Ergebnis habe sich so gestaltet, daß unsere Mitglieder mit dem Ergebnis zufrieden sein werden. Mit einem Appell an unsere Mitglieder, sich in weitgehender Weise ihrer Genossenschaft auch weiterhin zu bedienen, schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Bericht. Der geschäftliche Teil der Tagesordnung wurde, getragen von dem Vertrauen der Mitglieder, Punkt für Punkt rasch erledigt. Im Punkte Reumahl des Vorstandes und Aufsichtsrates wurden die sätzungsgemäß ausscheidenden Herren Rudolf Maier und Franz Wid in den Vorstand und die Herren Jakob Lösch und Julius Kagele in den Aufsichtsrat wieder gewählt, an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Herrn Th. Balz wurde Herr A. Beller in den Aufsichtsrat berufen. Nach Besprechung verschiedener Tagesfragen und innerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung mit den Worten des Dankes für die rege Mitarbeit und entgegengebrachte Interesse.

— **Müppurr.** Erwischter Fährabdieb. In unserer Stadtteil wurde am Mittwoch ein Friseur aus Langen festgenommen, der wegen Fährabdiebstahls ausgeschrieben war.

— **Ein Straußkonzert in der Festhalle** veranstaltet am kommenden Sonntag, dem 13. ds. Mts., nachmittags von 2 bis 6 Uhr, die Kapelle des Musikvereins „Harmonie“ unter der Leitung ihres Dirigenten, Herrn Hugo Kubold, in der Reihe der städtischen Konzerte. Zum Vortrag kommen die schönsten Werke Wiener Musik, u. a. der „Strauß-Marsch“, „Wiener Blut“, „Bocaccio“ und das scherzhaft „Perpetuum mobile“, sämtliche Stücke von Strauß, ferner „Bayerische Suppe“, „Küssen ist keine Sünde“ von Cziffer, die „Ungarische Kapodie“ von Reindel usw. Dieses abwechslungsreiche Programm wird sein: Anziehungskraft auf die Besucher nicht verfehlen. Aber die Güte der Kapelle gibt neuerdings eine ausserordentliche Leistung, die die Kapelle ein überaus glänzendes Zeugnis, jedoch den Besuchern des nächsten Sonntagkonzert ein unterhaltener Nachmittag bevor steht. Eintrittskarten im Vorverkauf beim Verkehrsverein, Kaiserstr. 168, und an den Stadtgartenhallen.

— **Tab. Landesbühnen.** Da sich Hr. Detle Stechert einer Kooperation unterziehen mußte, mußte eine Spielplanänderung in dieser Woche vorgenommen werden. Infolgedessen fällt die Vorstellung von „Die verteilte Einsicht“ am Freitag, den 11. ds. Mts., aus und findet dafür die Schülermiete-Vorstellung „A 7 „Alexandra Strabella“ statt. Am Sonntag, den 13. November, wurde für „Ramon“ Wagner „Der fliegende Holländer“ angelegt. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

- Ehegebote.** Hermann Nagel von Mantlach, Hilfsarbeiter hier, mit Wilhelmine Wagner Witwe von hier. Emil Schaf von Schw. Hall, Oberkellner hier, mit Vera Wader von Kollnau. Otto Kühle von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Nisch von Offenburg. Emil Hornung von hier, Krankenführer hier, mit Nina Salzgeber von hier. Johann Weikum von Reuzingen, Fabrikarbeiter hier, mit Rath. Surrle von Ottenau. Eberhard Augert von Kocherbetten, Maschinenist hier, mit Rath. Schönd von Pörschberg. Ludwig Ofenheuser von Stellen. Fabrikant hier, mit Alma Kintzeller von Pörschberg. Christoph Mayer von Büren, städt. Arbeiter hier, mit Magdalena Ded von Pörsch. Gustav Kiefer von hier, Eisenbrecher hier, mit Martha Keller von hier. Albert Ded von hier, Fader hier, mit Josefa Schumacher geb. Schieren von Nöbe. Ferd. Zurel von Arunau, Lok.-Heizer hier, mit Susanna Fleisch von Deutsch-Dill.
- Geburten.** Gisela Hedwig Deifree Nise, v. Heinz Berthold, Kapellmeister. Johanna Pielotte, v. Wilh. Gettinger, Büroassistent. Günther Hof, v. Wilh. Lang, Kaufm. Karl Hans, v. Gg. Dimmelsch, Reg.-Baumeister. Lore Eise, v. Albert Baumann, Kaufm. Herm. Gregor, v. Herm. Stadl, Wagenführer. Hilde Ruth, v. Wilh. Riff, Flechner. Irma Karola, v. Karl Heiler, Eleonore, v. Herm. Kurt, v. Karl Oth. Tanzlehrer. Lothar, v. Franz Joller, Revisionsinspektor.
- Todesfälle.** Luise Fleumortier, alt 57 Jahre, Witwe von Jul. Fleumortier, Sattlermeister. Wilhelmina Straub, alt 67 Jahre, Ehefrau von Josef Straub, Tagelöhner. Johanna Wagner, alt 19 Jahre, ledig, Bürohilfin.

Karlsruher Kunstausstellungen

Nach den Anstrengungen der Herbstwoche berühren die jetzigen Ausstellungen wie eine Atempause. An erster Stelle ist das im Kunsthaus Sebald zu sehende graphische Werk Prof. A. Wabbe's zu nennen. Es wird dem landläufigen Verständnis nicht leicht werden, sich in der strengen, oft schwerwiegenden Welt Wabbe's zurechtzufinden. Da sind Zeichnungen, in höchster Schärfe hingeworfen, tiefes Interesse auf eine ungemein defekte einzige Linie zusammengebrängt — geniale Auktaste, dem von der Gut des Schaffens ergriffenen Künstler genügend, aber dem Außenstehenden eben doch nur Unvollständigkeit bleibend. Anders die Holzschnitte und Aquarelle. Namentlich letztere sind oft von allem Neuen losgelöst und von aufergewöhnlicher Stärke und Schönheit getragene Stücke.

Im Badischen Kunstverein interessieren neben dem Nachlaß Herm. Brauns, in welchem gediegene, von seiner Romantik durchwehte Bilder zu verzeichnen sind, die Kollektivausstellungen Karl Dertels und B. Hempfings. Dertel, dem in diesen Räumen nicht mehr Unbekannt, ist ein starkes christliches Ringen nach persönlicher Note hervorbringen, die hoch über dem Durchschnitt stehen. Die Strandbilder Hempfings nehmen durch außerordentlichen Wohlklang und Süßigkeit der Farbe gefangen. Seine Damenporträts werden besonders die Damenwelt durch fast zu große Weichheit und Süße entzücken. A. Gänny-Wern zeigt eine Reihe zeichnerisch uneherrliche Holzschnitte. G. Teufel-Wilfstadt bringt einen Zyklus von Aquarellen, welcher das große Vorbild Rembrandt in weicher Ferne abnen läßt. Außerdem sind noch bekannte Namen wie A. Gehard, A. Haug, v. Rabenstein, Probst u. a. vertreten.

Die Galerie Moos zeigt Arbeiten von vier Karlsruher Künstlern. Carl Kabis und R. Wolfberger bringen noch stark am gegenständlichen haftende Landschaften. F. Sieracki gibt sich mehr stimmungsvoll in etwas altertümlicher Art. Die Arbeiten P. Wehrles sind von dekorativer Wirkung.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Herrn G. Berl, dem Drows-Kritiker der „Bad. Presse“ zugeeignet

Auch wenn man nicht approbierter Schuster ist, soll man bei seinem Leben bleiben. Da hat sich seit einiger Zeit das charakteristischste der bürgerlichen Charakterlitteratur einen Berichterstatter zugelegt, der mit ziemlicher Ungeheuerlichkeit öffentlich Literatur bezeugt, wogegen niemand etwas einzuwenden hat. Er scheint das ganz recht zu machen; also lasse man ihm den Spatz, über, aber... Er soll sich nicht auf Glattis begeben, wie neu sich ein Träger seiner Anfangsbuchstaben in einer Operkette Schlittschuhe brachte, wo es gar keine gab. Von dem, was dort dem Herrn G. B. passierte, ist der hier zu behandelnde Herr G. Berl leider nicht verschont geblieben. Mit 53 Schlittschuhen versuchte er nämlich in einem Referat dem Vortrag von Prof. Drows über „Mythralismus und Christentum“ nachzufahren. Das gelang ihm bis zu dem Punkt ganz leidlich, an dem er glaubte, mit eigenem Senf zum literarisch eleganten Meistergleiten schmeieren zu müssen. (Ueber den Vortrag selber ein andermal in größerem Zusammenhang; unsere Leser mögen die kommenden Vorträge des einheimischen Gelehrten nicht aufheßen lassen!)

Herr Berl hat gehört, daß Drows die historische Erstzeng einer Persönlichkeit Jesu leugnet. Drows hat an einer Reihe von Beispielen den altirischen Charakter der Heilandsgeschichte in einzelnen Bügen aufgezeigt und damit den angeblich historischen Schauplatz von der Erde nach dem Himmel verlegt. In kühnem literarischen Bogen fährt Herr Berl nach, um aus seiner hohen Respektvolle herunterzuarbeiten: „... aufhören läßt sich schließlich alles in frühere Bestandteile. Man könnte genau zu gut (1) Kant aufweisen in platonische, scholastische, wölfische, jüdische und cartesianische Bestandteile und daraus beweisen, daß Kant nicht gelebt habe, wenn wir nicht in einem historischen Zeitalter gelebt hätten usw.“ Er, Herr Berl, machen Sie uns das bitte doch einmal vor! So z. B. von der Kantischen Ideenlehre, da läßt sich das besonders leicht beweisen, wenn Sie nicht dazu. Oder auch an Kants Lehre

von intelligiblen Charakter. Das muß einem Angestellten der „Bad. Presse“ ja besonders leicht fallen. Nun heißt es an der angelernte weiter: „Aber trotz dieser genau feststellbaren Behauptung gehört eben doch der Immanuel Kant dazu, um der Sache der gesamten modernen Philosophie zu werden. So muß es wohl (1) auch mit Christus gewesen sein. Zu der grandiosen, Wallung aller jener geritzten mystischen Bestandteile gehörte eine Persönlichkeit.“ Bravo! Der Beweis ist reitlos, ödöw, „natürlich nur rein (1) gefühlsmäßig“ erbracht. 17 Stellen sind zwar ein bißchen wenig, aber großen Wertes genügt das. Doch man darf schließlich auch solchen einmal etwas an Zeugnis finden. Drum: mit Verlaub, Herr Berl, Ihre gefühlsmäßigen Einwände sind, weil eben Gefühl alles ist, Schall und Rauch. Wie kommen sie eigentlich auf Kant? Beweisen Sie doch bitte, nicht zwei Zeilen, nachdem Sie den ehrwürdigen Namen haben drucken lassen, daß Sie von dem Wert seines Trägers nicht den Dunst einer Ahnung haben! Aufjagen kann man von der Kantischen Philosophie nur die Elemente seiner Fragestellung, aber gerade bei Kant — und deshalb wohl, hat Sie Ihre Ignoranz, auf ihn getrachtet — nichts von Kern seiner Lehre, sofern man ihn einmal recht, d. h. im Original gefast hat.

Ein einigermaßen guter Kenner der zeitfürigen Literaturgeschichte wird beweisen können, daß G. Berl nicht gelebt hat, davon bin ich sehr überzeugt. Vielleicht wird eine derartige Arbeit einmal notwendig. Aber solange er wirklich lebt, möge er sich vergegenwärtigen, daß mit solchem Geschwafel und Gesafel, wie „Persönlichkeit“ gegenüber einem Manne wie Drows nicht argumentiert werden kann. Kennt Herr Berl eigentlich Studien, kennt er Voll? (Wir fragen nicht: Kennt er Rabindranath Tagore. Er hat darüber einen Vortrag gehalten — — —). Der Kritiker wird zu dieser Frage immer das letzte Wort nehmen müssen.“ So arroganz er seine beweisene Ignoranz zu Ende.

Und wenn nun unsere Leser erbost fragen, warum sie mit solchem Tratsch belustigt werden, so mögen sie sich in bürgerlichen Kreisen darüber erkundigen, was den Anlaß dazu bietet, daß wissenschaftlich bedeutsame Dinge von einem freizügigen Literaten verschwendet und vor der Öffentlichkeit verpöchtelt werden.

„Düsteres-wintermutter und Kind“ im Kindertränken-Notis, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 1. Wegen des früheren Eintritts der Dunkelheit sind die Besuchsstunden auf Mittwoch, Samstag und Sonntag nachmittags von 1/2-1/2 Uhr festgesetzt. Am nächsten Samstag, den 12. November, wird um 1/2 Uhr nachmittags eine besondere Führung mit Erläuterung stattfinden.

Tageländer. Der Geflügel- und Kanarienvogelverein hält heute und morgen in der Festhalle seine diesjährige Herbstausstellung ab. Mit der Ausstellung ist gleichzeitig ein Geflügelmarkt verbunden. Da der Verein über erstklassige Ware verfügt und zum Kauf anbietet, ist ein Besuch der Ausstellung zu empfehlen. Näheres siehe Anzeiger.

Dante-Feier. Es sei hierdurch nochmals auf die morgen (heute) Samstag, den 12. November, abends 7 1/2 Uhr, im städtischen Konzerthaus stattfindende Dante-600-Jahresfeier hingewiesen, veranstaltet von der technischen Hochschule unter Mitwirkung des badischen Konjunkturamts. Es sind noch einige Karten in der Musikalienhandlung Kurt Reufeldt, Waldstraße 89, erhältlich.

Unfall. Beim Befestigen von Isolatoren in einer Fabrik in Mühlburg stürzte gestern nachmittags ein 20 Jahre alter in Schieberg Amt Eßlingen wohnhafter Telegrafentechniker von einer Leiter und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu, wurde mittels Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Von einem Herzschlag erlitten wurde gestern auf der Messe hier ein Mann im Alter von 30-35 Jahren mit kleinem Schnurrbart, dunkelblonden Haaren und länglichem Gesicht. Der Unbekannte trug einen bläulichen Lebersteiner, dunkelgefärbtes Mittel und eine feidgraue Hose. Die Leiche wurde nach dem Friedhof verbracht.

Verkehr. In selbstmörderischer Absicht trank gestern nachmittags eine Witwe eine giftige Flüssigkeit. Die Lebensmüde wurde ins städt. Krankenhaus verbracht.

Valuta-Bericht vom 10. November

Markkurs in der Schweiz circa 1.90 Gts. Auszahlung Holländischer 93.55 M per 100 Gulden. Schweiz notierte 51.00 per 100 Sch. Fr. England notierte 10.65 M per 100 Sterl. Frankreich notierte 19.70 M per 100 Fr. Neuport notierte 278 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 11. November 1921

Vorausichtige Witterung: Wolfig, trocken, leichter Frost. Masse von Regen. Schmelzzeit 151, gef. 14; Regl. 251, gef. 16; Max. 421, c. 18; Mannheim 318, gef. 18 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Aus Grenz- und Nachbarländern

II. Frankfurt, 10. Nov. Nach sechsechziger Verhandlung fand vor dem hiesigen Landgericht ein großer Bestechungsprozess seinen Abschluss, in dessen Verlauf ungefähr 80 Deuten und Sachverständige gehört wurden. Der Hauptangeklagte L. e. f. e. r war beschuldigt, in den Jahren 1917-1920 mehrfache Bestechungen gegenüber Beamten der Badischen Militär- und Eisenbahnverwaltung zu haben, die ihm dafür Lieferungsverträge verschafften. Das Landgericht verurteilte L. e. f. e. r wegen Vergehens gegen das Weidewerkesgesetz und wegen Vergehens in zwei Fällen des Betrugs zu 2 Jahren Gefängnis und 11 000 Mark Geldstrafe. Gegen Hinterlegung einer Kaution von 200 000 M wird L. e. f. e. r aus der Untersuchungshaft entlassen.

Von den Witangeklagten erhielten zwei einige Monate Gefängnis, ein dritter wurde freigesprochen und bei einem vierten wurde das Verfahren eingestellt.

Die nächsten Absichten des Reparationsausschusses

Berlin, 10. Nov. (Privatmeldung.) Die in Berlin weilenden sechs Mitglieder des Reparationsausschusses haben sich zunächst darauf beschränkt, mit dem auf Grund des Londoner Ultimatums eingerichteten Garantiefomitee und den sonstigen Vertretungen der Alliierten in Berlin Fühlung zu nehmen.

Die der „Matin“ aus Paris meldet, wird der Wiedergutmachungsausschuss Kraft seiner unumschränkten Vollmachten sich die Register der Börsen und der deutschen Großbanken vorlegen lassen können. Sollte jedoch diese Frage, was sehr unwahrscheinlich ist, zugunsten Deutschlands gelöst werden, so wird der Austausch die Bedingungen einer Anleihe Audieren, die Deutschland gestatten wird, sich von seiner Schuldenlast im Laufe der Zeit zu befreien.

II. Reparationskommission beim Reichskanzler

II. Berlin, 11. Nov. Die Reparationskommission hat gestern dem Reichskanzler Dr. Brüning einen Gutachtenentwurf abgefasst. In der Aussprache gab der Reichskanzler, laut „Kölnischer Zeitung“, einen kurzen Überblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in der ausländischen Presse verteilte Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich herbeiführe.

Große Defraudationen in der Moskauer staatlichen Schatzkammer

Tersjok, 10. Nov. Nach einer Meldung der Moskauer „Kommunist“ fand vor dem Obersten Tribunal der Sowjetrepublik ein Prozeß gegen 64 Beamte der staatlichen Schatzkammer statt, die eines systematischen Raubes an Brillanten, Platin und Gold angeklagt waren. Mehrere Beurteilte sind erschossen worden. Ein höherer Beamter allein hat Werte im Betrage von 15 Milliarden Rubel veruntreut.

Aus dem Gtaß

II. Straßburg, 9. Nov. Eine wichtige Klausel des Versailles Friedensvertrags tritt am 11. November in Kraft. Gemäß Kap. 13 § 3 können nämlich alle Deutschen, die vor dem 31. August 1918 in Elsaß-Lothringen gemohnt haben und nachweisen, daß sie seit dem 11. November 1918 ständig dort gemohnt haben, die französische Staatsangehörigkeit erlangen. In Verwaltungsstellen schätzt man die Zahl der Deutschen, die von diesem Recht Gebrauch machen werden, auf 37 000.

Lloyd George für Abrüstung

II. London, 10. Nov. In seiner Rede auf dem Bürgermeisterversammler, das alljährlich Anfang November in der Guildhall abgehalten wird, und an dem der englische Ministerpräsident über die innerpolitischen Fragen spricht, hat auch diesmal Lloyd George wichtige Erklärungen abgegeben. Er sagte, die gegenwärtige Zeit sei die schwerste, der Minister jemals gegenübergestellt worden seien. Die heutigen Sorgen seien schwerer, nach der großen Handelskrise sei nach einem Jahr eine schwere Depression eingetreten. Es sei ja unvermeidlich, daß nach der Zerschlagung und Zerkleinerung des Krieges eine schwere Handelskrise die ganze Welt heimfalle. Er glaube nun, daß das Schlimmste nun allerdings vorüber sei und daß die höchste Gewalt des Sturmes erloschen sei.

Im allgemeinen gilt die jährliche Guildhallrede meist den außenpolitischen Problemen. Das wichtigste dieser gegenwärtigen außenpolitischen Probleme hat Lloyd George diesmal jeden-

falls nicht unberührt gelassen. Er sagte, dass die Washingtoner Konferenz: Die Washingtoner Konferenz sei wie ein Regenbogen am politischen Himmel und zwar, weil ohne Fricke das Geschäftsleben nicht wiederhergestellt werden könne. Der Mensch ist das ungeschickteste aller Tiere. Der letzte Krieg war der furchtbarste, den die Welt je gesehen hat. Kaum sind wir den entsetzlichen Missetaten entronnen, so beginnt die Welt schon wieder neue Maschinen zu erfinden für den nächsten Krieg. Die Abrüstung ist der einzige Weg, der zum Frieden führen kann (Beif.). Die amerikanische Konferenz trägt das Schicksal der Kultur in ihren Händen (Beif.) und darum wünsche ich ihr Erfolg. Für jeden Mann und jedes Weib von englischem Blut ist ein Konflikt mit Amerika undenkbar (eif.). Wenn die Washingtoner Konferenz ihre Aufgabe erfüllt, so wird diese Konferenz das größte Ereignis der Welt sein, das es seit 1900 Jahren je gegeben hat.

Briefkasten der Redaktion

„Sozialdemokrat“ im bürgerlichen Sportverein. Mit Anthonius herumzubetteln, müssen wir ablehnen. Es geht auch von keiner sportlichen Tapferkeit, wenn man den Namen in einer Zeitschrift verewigt. Nur keine Lustspiele! Sprechen Sie doch einmal bei uns vor, wir stehen gerne zur Verfügung.

Schriftleitung: Georg Schöpllin. Verantwortlich für Artikel, Politische Überlicht und Legie Nachrichten: Hermann Konek; für Politische Überlicht und Penultime: Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefragen, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Verstaatlichung Josef Pflanz; für den Anzeigenteil: Günther Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereinsanzeiger

Die in 4 Seiten (bei 5 u. mehr Seiten Nr. 1.50 die Seite) (Beizungszustellen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, den 13. Nov., 9 Uhr tagswanderung durch den Waldpark nach Leitzschneureut. Abmarsch 9 Uhr Landestheater. 7064
Karlsruhe. (Völkischer West.) Heute abend 8 Uhr Singstunde. Vorführung und Erklärung des neuen Chores. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. 7065
Bulach. (Soz. Partei.) Morgen Samstag abend 8 Uhr in der „Krone“ Parteiversammlung. Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet. 7073
Durlach. (Naturfreunde.) Am Freitag, 11. Nov. 1921, abends 8 Uhr beginnend, im Lokal zum „Schloßchen“ Vereinsabend mit Vortrag von Herrn Hauptlehrer Kasper. Es wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen, besonders des Jugend geteilt. 7069
Durlach. (Turngemeinde.) Samstag, 12. ds. Mts., abends 8 Uhr im Lokal (Lamm) Mitgliederversammlung. Wir ersuchen unsere Mitglieder recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Parteigenossen und Leser des „Volksfreund“

berücksichtigt bei eueren Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftsleuten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!



Feuerio

Doppelfettseife

80% Fett

daher größte Ausgiebigkeit, das Beste für die Wäsche.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Lüchtiger Modellschlosser gesucht!

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe i. B. 7067

Unsere Leser und Leserinnen werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

Gaggenau.

Für unsere hiesige Filiale suchen wir zum 1. Januar einen umhätigen

Filialleiter.

Geeignete Bewerber wollen sich bei Herrn Kommerzienrat, Zulfenstraße melden.

Verlags- und Druckerei des Volksfreund, Geck & Co.

Matrizen

werden auf billige und preisgünstig angefertigt. Kammerer, Wilhelmstraße 35

Republikanisches Abzeichen

schwarz-rot-gold

Preis 1.50 Mk.

Parteiabzeichen 1.40 Mk.

Druck-Arbeiten

werden auf billige und preisgünstig angefertigt. Kammerer, Wilhelmstraße 35

Wastatter Anzeigen.

Lebensmittel-Verkauf.

Ab Dienstag, den 15. ds. Mts., wird verkauft: Brotmehl: Kopfteil 1 Pfund, Preis 2.60 M, gegen Vorzeigung des Brotausweises. Die Nr. 1-1800 bei Fr. Walter, Die Nr. 1800 bis Schluß bei H. Klumpp. Kommunalverband Koblentz-Stadt.

Lehrgeld-Unterstützung.

Gesuche um Lehrgeldunterstützung aus dem allgemeinen Lehrgelderfond oder aus dem altpädagogischen Fond sind bis Donnerstag, den 17. November ds. Js. anher einzubringen. 2556

Karlsruhe, den 8. November 1921. Der Gemeinderat.

Die Kofpreise sind von heute ab folgende: Kupfers pro Zentner 28.50 M, Stahls pro Zentner 26.50 M, Kleinfahrs wie bisher pro Zentner 20.- M, Staubsahrs wie bisher pro Zentner 14.- M

Karlsruhe, den 10. November 1921. 2557 Der Gemeinderat.

Baden-Baden.

Bekanntmachung und Einladung.

Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer öffentlichen Sitzung am Montag, den 14. November, nachmittags 5 Uhr, in den großen Rathsaal dahier ergebens eingeladen.

Der Oberbürgermeister.

Tages-Ordnung:

1. Haushaltsplan für 1921/22.
2. Vervollständigung und Erweiterung der Feuermeldungsanlage.

Durlacher Anzeigen.

Allgem. Ortskrankenkasse Durlach

für den Amtsbezirk Durlach.

Die ordentliche, satzungsmäßige

Ausschuß-Sitzung

findet am Donnerstag, den 24. November ds. Js. abends 1/2 8 Uhr, im Rathsaal hier statt.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschuß-Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.
2. Ausarbeitung der Orte Langensteinbach, Auerbach und Spielberg vomassenbereich aufgrund der Verordnung des Staatsministeriums vom 2. Juni 1921 (Ges.- und Verordnungsblatt S. 137).
3. Wahl der Rechnungsprüfungskommission für die Rechnung 1921.
4. Verschiedenes.

Den Herren Ausschußmitgliedern gehen noch besondere Einladungen unter näherer Begründung der Tagesordnungspunkte zu.

Durlach, den 10. November 1921.

Der Vorsitzende: Girschauer. 7070

Konsumverein Durlach und Umgegend

ein-etrage Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, dass wir noch kleinere Bestände in billig gekauften Waren, wie

Holzschuhe, Hausschuhe

und auch

Textilwaren

haben. Die selben werden in unseren Läden, Laden 3, Friedrichstraße, sowie Laden 1, Zehntstr., abzugeben. Restbestände, die sich nicht auf alle Läden verteilen lassen, werden wir in Zukunft in obigen Läden zum Verkauf bringen. Zu regem Besuch ladet ein

Der Vorstand. 7075

Vertical advertisements on the right edge of the page, including 'Her Kauf', 'F. W. KA', 'm', 'S. Cherry-viv', 'Unio', 'hellen un nur aus', 'Hu', 'Erich', 'Kreuzstr', 'von B', 'Jo', 'Kaiser', 'A', 'Karl', 'Caf', 'Kaf', 'Zu', 'Sehenaw', 'Treffp', 'Fr', 'E', 'Ers', 'Künstl', 'Inhaber: Jos. erste Kün', 'Tierpar', 'Inhaber: J', 'Schau', 'Glas', 'Laden', 'Pa', 'Herren', 'Wä', 'Inha', 'Karlsru'

